Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, November/Dezember 2022 *72. Jahrgang, Nr. 841/842*

Spontanes Interesse von Passanten

Kranzniederlegung in NRW am Mauersegment

Zur inzwischen traditionellen Kranzniederlegung am Düsseldorfer Mauersegment zum Gedenken an die Grenzöffnung und den Mauerfall im Jahr 1989 schrieb der Beauftragte für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern in Nordrhein-Westfalen Heiko Hendriks als Einladender folgende Mitteilung:

Am 9. November 2022 jährte sich der Fall der Berliner Mauer zum 33. Mal. Anlässlich dieses Jahrestags legten Heiko Hendriks, Beauftragter für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern in Nordrhein-Westfalen, und Vertreterinnen und Vertreter der Vereinigung der Opfer des Stalinismus am Vortag, dem 8. November 2022 am Segment der Berliner Mauer in Düsseldorf in der Nähe des nordrhein-westfälischen Landtags Kränze nieder, um an die Opfer an der innerdeutschen Grenze zu erinnern. Dies war die erste Veranstaltung an diesem Ort nach der im April 2022 erfolgten Aufwertung des Mahnmals durch Schautafeln.

Sowohl Heiko Hendriks als auch der Vorsitzende der VOS in Nordrhein-Westfalen, Felix-Heinz Holtschke, betonten in ihren Ansprachen, dass auch dieses kleine Zeichen wichtig sei, um deutlich zu machen, dass auch im tiefen Westen der Republik die Opfer nicht vergessen seien. Bemerkenswert und auch ermutigend fanden beide, dass sowohl Passanten spontan bei dem Gedenken stehen blieben und zuhörten, als auch, dass Bilder von den hier niedergelegten Kränzen in verschiedenen SocialMedia-Kanälen die Runde machten. *H. Hendriks*

Täter bleiben bessergestellt als wir

Bundesvorstand mit klaren Worten zur Sache

In seiner Ansprache zum Gedenken an den Mauerfall nannte der stellvertretende Bundesvorsitze Felix H. Holtschke die Dinge, die uns im neuen Jahr weiter bewegen werden, deutlich beim Namen:

Wir, die freigekauften politischen Häftlinge des SED-Regimes, die Mauerflüchtlinge, die Ausgereisten sahen (1989/90 – d. Red.) ihren Lebenstraum erfüllt, für den wir, jeder auf seine individuelle Weise, gekämpft und gelitten haben. Doch haben sich all unsere Hoffnungen erfüllt? Anfangs schien alles glatt und nahezu problemlos zu verlaufen. Strafrechtliche Rehabilitierung und damit Aufhebung der Unrechtsurteile, Haftentschädigung, Opferrente, Akteneinsicht durch das Stasi- Unterlagengesetz. Alles positive Schritte und Signale. Während die ehemaligen DDR-Systemträger rückwirkend ihre vom Deutschen Bundestag beschlossenen Rentenkürzungen per Klage beim Bundesverfassungsgericht erfolgreich revidieren konnten, unterwarf man die DDR-Altübersiedler rückwirkend und rechtswidrig dem Rentenüberleitungsgesetz. Die fatale Folge davon ist, dass es den ehemaligen Unterdrückern im wiedervereinten Deutschland, das sie einst mit allen Mitteln bekämpft haben, materiell besser geht als deren Opfern! Was für ein verheerendes Signal nach innen und außen an gegenwärtige bzw. zukünftige Kämpfer für Freiheit und Recht! Auch die nichtdynamisierte Opferrente schmilzt angesichts der hohen Inflation unter den Händen dahin! *Felix H. Holtschke*

Der Bundesvorsitzende schließt sich dem an:

Auch im kommenden Jahr werden wir alles daran setzen, die Situation der ehemaligen politischen Häftlinge zu verbessern. Wir sind weiter im ständigen Austausch mit der Opferbeauftragten der Bundesregierung und halten Kontakt zu den Abgeordneten. *H. Diederich*

Allen Leserinnen und Lesern der Freiheitsglocke, allen Kameradinnen und Kameraden der VOS und allen, die an unserer Seite stehen, wünschen wir ein besinnliches Weihnachtsfest und ein neues Jahr, das nicht so schlimm wird, wie es sich teils ankündigt. Lasst uns zusammenstehen und stark sein!

Bundesvorstand, Redakteur

Ein schweres Jahr geht zu Ende. Ob ein noch schwereres beginnt, lässt sich nicht voraussagen. Krieg, Pandemie, Inflation, allgemeine Angst – wir als SED-Opfer leiden besonders schwer. Ich selbst hatte mich mit Corona infiziert, und ich bin zu der Erkenntnis gekommen: Das darf man nicht leicht nehmen.

Da uns Jammern nicht weiterbringt, möchte ich besser auf die für uns guten Ergebnisse verweisen, die wir im letzten Jahr zu verzeichnen hatten. Da ist zunächst die Tatsache, dass wir trotz einiger schmerzlicher Sterbefälle – ich denke an Arno Selten – enger zusammengerückt sind und gemeinsam, wenn auch mitunter an verschiedenen Fronten, für Verbesserungen kämpfen. Wir, das sind diejenigen, die als VOS für die SED-Opfer eintreten und die nicht auf „natürlichen Nachwuchs“ rechnen können, weil es – zum Glück – keine politischen Häftlinge des Kommunismus in Deutschland mehr gibt. Auch wir sind eine „Last Generation“, allerdings vertreten wir unsere Ziele auf zivilisierte Weise und müssen uns auf keiner Autobahn festkleben und keine Kunstwerke verunstalten. Auch in unseren Reihen hat es im Laufe von Jahrzehnten äußerst beklagenswerte Opfer gegeben, wobei ich mich auf Fälle wie Dietmar Mokros oder Ursula Harske beziehe. Leider ist die Zeit von uns Überlebenden auf natürliche Weise begrenzt. Doch wir sind und bleiben Zeitzeugen, und als solche können wir in Gesprächen und Vorträgen unsere Erfahrungen an junge Menschen weitergeben. Das letzte Jahr hat erneut gezeigt, dass wir damit die richtigen Mittel gewählt haben. Nach langem Beharren ist es gelungen, die Instanz einer Bundesbeauftragten für die SED-Opfer einzurichten und mit einer kompetenten und vertrauenswürdigen Person zu besetzen, die sich unserer Interessen annimmt und sich für uns einsetzt. Die Gespräche, die bisher mit Frau Zupke geführt wurden, belegen das, ihr kürzlich veröffentlichter Bericht zur Lage der Betroffenen beinhaltet die Forderungen und Ansprüche, die wir seit Jahrzehnten unermüdlich artikuliert haben. Es kommt nunmehr auf den nächsten Schritt an: Kontakte zu den Fraktionen des Bundestags herstellen. Ich halte es jedenfalls für keineswegs unrealistisch, dass ich im nächsten Jahr an dieser Stelle über greifbare Resultate berichten kann. Seitens der Ampelkoalition hatten wir in den Wahlprüfsteinen, die Kamerad Holtschke aufgestellt und eingereicht hatte, von den jeweiligen Parteien Zusagen für eine höhere Opferrente bekommen. Die anderen Parteien hatten sich dagegen ausgesprochen, wobei mich persönlich die Absage der CDU geschmerzt hat. Dass sich die Partei nach Jahrzehnten einer guten Zusammenarbeit, die bis zu den Besuchen von Kanzler Adenauer zurückreicht, unverhofft einen solchen Affront leistet, ist unverständlich. Geht man so mit einer Klientel, nämlich der VOS, um, der man viel zu verdanken hat?

Auf ein Wort des Redakteurs

Es ist dennoch nicht falsch, weiterhin Gespräche mit der CDU zu führen, zumal inzwischen ein Härtefallfonds beschlossen ist, der die SED-Opfer aber kaum betrifft. Wir haben freilich weitere Themen. Hierzu habe ich auf Seite 5 dieser Ausgabe eine Gegenüberstellung der Möglichkeiten platziert, in denen einige Gesichtspunkte der Realisierbarkeit von höherer Opferrente oder der Rücknahme des RÜG festgehalten sind. Dies soll nicht heißen, dass hier Forderungen und Ansprüche miteinander konkurrieren. Manches mag aussichtslos erscheinen, anderes wäre durchaus greifbar. Ich verweise auch nochmals auf die lange Zeit, in der wir für die Besondere Zuwendung und später für deren Erhöhung gefochten haben. Es sah streckenweise nicht danach aus, dass wir das durchsetzen. Und dann war sie plötzlich doch da.

Dennoch bleibt die Erhöhung der Opferrente ein Ziel, das für die Haftbetroffenen – unabhängig von der Haftdauer, dem aktuellen Einkommen und dem Land der Inhaftierung, z.B. Bulgarien – am nächsten erreichbar ist. Der Bundesvorstand der VOS vertritt mit der Forderung einer besseren Opferrente die Interessen aller sie wählenden Mitglieder bzw. Delegierten. Dasselbe gilt für die Freiheitsglocke, die zudem durch die Beiträge und Spenden finanziert wird. Dass wir uns auch für andere Betroffene und Benachteiligte einsetzen, ist richtig und entspricht unserem grundsätzlichen humanistischen Anliegen, abgesehen von den jeweiligen Interessenüberschneidungen.

Mit Ende dieses Jahres gibt es für mich persönlich – nachdem ich bereits im Sommer auf meine 300. Fg-Ausgabe verweisen konnte – nun auch eine runde Jahreszahl. Mit genau der hier vorliegenden Zeitung vollendet sich ein ganzes viertel Jahrhundert Redakteurstätigkeit. Damit habe ich endgültig die Vorgänger Platz und Binski wie auch die Kameradinnen Sievers und Bauer weit hinter mir gelassen. Die Freiheitsglocke hat sich im Laufe meiner Arbeitszeit enorm weiterentwickelt. Dazu hat die Unterstützung vieler Mitglieder beigetragen. Es kamen gute Fotos und Beiträge aus den Regionen, die Arbeit der Redaktionskommission hat sich deutlich verbessert, und der Mut und das Vertrauen einzelner Kameraden bei der Veröffentlichung ihrer Schicksale haben zugenommen. Nichts destotrotz bleibt die Freiheitsglocke auch ein politisches Blatt. Das sind wir der Geschichte des Verbandes und dem Geist der Verstorbenen schuldig. Nicht weniger geht es aber auch um die Gegenwart. Meinungsfreiheit sollte für uns ein wichtiger Grundsatz bleiben; und dies unabhängig vom Mainstream und von der Androhung öffentlicher Ächtung. Meinungsfreiheit heißt aber auch nicht, dass wir blind und unqualifiziert aufeinander oder auf Personen außerhalb der VOS einhacken.

Für das neue Jahr wünsche ich Ihnen und euch Gesundheit, einen kameradschaftlichen Umgang miteinander und Fortschritte in der Umsetzung unserer wenigen, aber berechtigten Forderungen. Und ich sage: Geben wir nicht auf.

Bis zur nächsten Ausgabe in 2023

Ihr Alexander Richter-Kariger

AKTUELLES THEMA IN DIESER AUSGABE:

Wie wird es uns im neuen Jahr gehen? Wird es wirksame Verbesserungen geben?

Titelseite

Gedenken mit Hoffnung, Wünschen und Bekenntnissen
Kranzniederlegung zum 33. Jahrestag des Mauerfalls am Düsseldorfer Mauersegment

***Redaktionsthema*:**

Am Ende eines schwierigen Jahres
Wir sind vorangekommen, doch wir brauchen weitere Verbesserungen 2

Die Kraft liegt in den grauen Tönen genauso wie in den grellen Farben
Der Künstler Gino Kuhn lässt mit seiner Ausstellung in NRW aufhorchen 4

Vergleich: Die Opferrente würde in der VOS die meisten Betroffenen erreichen
Möglichkeiten der besseren Unterstützung ehemaliger politischer Häftlinge 5

Das jahrzehntelange Schweigen muss enden
Neubrandenburger Kommunalpolitik in der Kritik des VOS-Landesverbandes 6 – 7

Nach vielen Zeitzeugen-Veranstaltungen ein anrührendes Bekenntnis
Wolfgang Lehmann erfährt eine Ehrung, die zu Herzen geht 8

Wir wollen die ganze Welt retten, vergessen aber die Opfer im eignen Land
Die Sicht eines Betroffenen 8

Der Fuchsbau als probates Erziehungsmittel
Grit Poppes neuer Roman offenbart die Finsternis des Umgangs mit Jugendlichen in der DDR 9

Eine unpassende Variante
Zum jüngst beschlossenen Härtefallfonds 10

Ein Erfolg ist eher unwahrscheinlich
Eine neue Partei: Bündnis für Deutschland 10

Zukunft: Von den Sorgen, Ängsten und den Hoffnungen der SED-Opfer
Leserbriefe, Meinungen, Wünsche 11

Peter Plach: Im Nachbarland zum Spion gemacht und in der Haft grausam gepeinigt
Dritter Teil des Schicksalsberichtes 12 - 13

Ausstellung: Leselandschaft mit ungeahnten Tücken, Fehlmengen und Unwahrheiten
Der DDR-Literatur wird bis heute (zu viel) Gutes nachgesagt 14 - 15

Ein Gegengewicht schaffen
Neubrandenburger Intellektuelle gründen einen neuen Verein zur Rettung der Denkmäler 15

Die Bezeichnung „Aktivisten“ hatte schon in der DDR keinen guten Klang
Wie wir realistisch mit Russland und mit Putin umgehen könnten 16 - 17

Weg mit dem Holzkreuz und dem Glauben
Von Feigheit und peinlichen Kniefällen 17

Die Anwesenden erlebten im Bundestag zwei intensive Stunden
Die Bundesbeauftragte lud zu einer Anhörung zum Thema Zwangsarbeit ein 18

Aufbruch in neue Sphären und Kontakt zu neuen Interessenten
Der Maler und Aktionskünstler der VOS, Gino Kuhn stellt im Bundestag aus 19

Aktiv im Gedenken an die einstmals voller Hass in der Erde Verscharrten
Kranzniederlegung in Sachsenhausen 19

Knastlexikon, Aufrufe 7, 11
Briefe, Statement 8, 11
Geburtstage 19
Nachrufe 8, 17, 19, 20
Impressum 20

Spendenbereitschaft hilft uns allen:
Vera und Michael Krug, Othmar Ballmaier, Karla und Dieter Bachmann, Karl-Heinz Ulrich, Gerd Ahnert, Beate Rusch, Roland Steinbach, Reinhard Maier, Wilfried Seifert, Jürgen Wendler, Karl-Günter Wehling, Hans-Peter Hellström, Peter Klaußner, Dr. Walter Weller, Petra und Roland Frischauf, Herbert Ewen, Lothar Eckardt, Paul Radicke, Ingrid Wohlfahrt, Siegfried Grulke, Hede Ehrlich, Irene und Rudolf Burger, Bernd Schnabelrauch, Friderun und Egon Seel, Jörg Vieweg, Reiner Miserocchi, Walter Schrader, Bernd Noll, Fritz Schaarschmidt, Detlef Watzlaweck, Rotraut und Detlef von Dechend, Irma Sann, Waltraud und Johannes Rink, Sabine Steckroth, Dr. Peter Heinrich, Eckhard Mensebach

Danke allen, die zum Jahresende für das Weiterbestehen unseres Verbandes gespendet haben.

Den 17. Juni 2023 im Blick

Vorschlag für eine eigene Opferbriefmarke

Auch in dieser Ausgabe: Anlässlich des 70-jährigen Gedenkens an den Volksaufstand vom Juni 1953 eine selbstentworfene Briefmarke. Diesmal vom Redakteur ARK.

Weitere Ideen, fertige Entwürfe sind willkommen. Es muss nicht unbedingt super professionell sein.

Internet-Tipps zum Thema Aufarbeitung und mehr

Zwangsarbeit. Anhörung mit Hugo Diederich:
https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw47-sed-opferbeauftragte-gefaengnisse-921506

Zeitzeugenprojekt. Schulvortrag in Recklinghausen:
https://youtu.be/ygnIrrjuXn8

ebooks und print-Ausgaben. Haft und Aufarbeitung:
http://www.first-minute-buecher.de/39994.html

Mit Farben und Ideen wider die schicksalhaften Erinnerungen

Der Maler und Aktionskünstler Gino Kuhn (VOS) zeigt einen Teil seiner Werke in Essen

Äußerlich erinnert er durchaus an van Gogh: Strohhut, Bärtchen und zurückhaltender Blick. Was die Vielzahl seiner Werke und Ideen, vor allem seine unterschiedlichen Pläne angeht, zeigt sich jedoch ein Spirit, der erstaunliches Potenzial an Motiven in sich trägt, und dieser geht weit über das rein künstlerische Anliegen hinaus. Gino Kuhn arbeitet sichtlich mit Blick auf geschichtlich politische Zusammenhänge, und er macht keine Kompromisse. Sein Augenmerk richtet sich auf die selbst erlittene Haft in der DDR – Kuhn hat als 19-Jähriger von Westberlin aus versucht, drei Personen in einem „Ritt“ über die Transitstrecke in den Westen zu schleusen und wurde dabei von der Stasi gefasst – wiewohl er genug andere Bilder geschaffen hat, die den Blick auf die Natur und die Welt von heute zeigen. Unverkennbar ist Kuhn ein Meister der Farbtiefe und der Grautöne, was widersprüchlich scheinen mag. Aber: Das Graue, das ist die Haft, die er zweieinhalb Jahre (nach der Verurteilung zu sechs Jahren) im Strafvollzug der DDR durchlitt. Bei seiner Verhaftung war er 19, heute ist er 67. Die andere Komponente in Kuhns Werk ist die Farbenvielfalt, die von unbesiegbarer Lebensfreude und der Suche nach Freiheit spricht. Kuhn hat vieles aufgearbeitet, er arbeitet weiter auf. Er sucht nach Wegen und Projekten, die seinem wachsenden Anspruch gerecht werden.

Man kann im Internet vieles mehr über den Künstler erfahren, sowohl sein breites Werk wie auch seine Vita sind ausführlich besprochen. Presseartikel, Interviews und Einladungen zu bundesweiten Ausstellungen und Diskussionsforen zeugen vom Renommee, das er sich über Jahrzehnte hin erworben hat.

Im September wurde Kuhn gleich zweimal in Nordrhein-Westfalen aktiv. So konnte man einen Teil seiner Werke in der renommierten Essener Galerie 19 besichtigen, wobei der Künstler selbst anwesend war und zu Gesprächen zur Verfügung stand. Die Bilder, die zu sehen waren, geben zuerst einen Einblick in die Haftzeit, und sie spiegeln deutlich die Gefühlswelt der Gefangenen wider. Sie treffen damit den Nerv der Betrachter. Wer die Haft selbst erlebt hat, der erschrickt, weil er sich in das graue

Zwangsmilieu von einst zurückversetzt fühlt. Nichtbetroffene bekommen hingegen einen Eindruck, von dem was gewesen ist.

So schwer die Erinnerungen für die ehemaligen politischen Häftlinge sind, reagieren sie doch dankbar. Das, was in den Bildern dargestellt wird, ist heutigen tags ausgelöscht. Dreistöckige Metallpritschen, acht Hocker für zwölf Häftlinge und vor allem die Enge der Zelle mit ihrem Potenzial an Gewalt und Verzweiflung. Oft genug ist dies alles in Büchern und Artikeln beschrieben, aber hier ist es bildlich dargestellt und erhält somit eine andere Dimension und eine besondere Kraft.

Gino Kuhn ist gebürtiger „Bundi“, er stammt aus der Nähe von Heidelberg. Dass er 1974 nach West-Berlin ging, ist kein Einzelfall. Die Stadt war eine politische Insel, wo man preiswert und unabhängig leben konnte. Dazu gab es das Abenteuer DDR, was für manch einen naiven Westdeutschen zur Verlockung und zum Verhängnis werden konnte. Der süße Geschmack einer sozial gerechten Gesellschaft, den nur die empfanden, die dort nicht leben mussten, lockte vor allem junge Menschen ebenso wie jene an, die vom günstigen Geldtauschgeschäft profitieren wollten. Und natürlich die Fluchthelfer. Die einen riskierten eine Stunde Angst, um nachher fünfstellige Summen einzustreichen und nicht arbeiten zu müssen, die anderen wollten den Fluchtwilligen aus der DDR gratis helfen, in die Freiheit zu kommen. Nur wenige rechneten mit den abgefeimten Methoden der Stasi. Wer wusste damals etwas von Wärmekameras, wer hatte eine Vorstellung vom Netz der Verräter? Wenn die Festgenommen nachher vor Gericht standen, waren sie alle klüger.

Gino Kuhn rangierte mit seinen sechs Jahren gar noch im unteren Bereich der Scala an Haftjahren, andere Fluchthelfer verurteilte man zweistellig und inszenierte bei Gericht große politische Prozesse. Und jene, die das „Gewerbe“ tatsächlich im großen Stil betrieben und die man nicht auf DDR-Boden zu fassen bekam, verfolgte man bis nach Bayern mit Tötungsversuchen.

Zurück zu dem Künstler Gino Kuhn. Heute lebt er an mehreren Orten. Es ist Berlin, es ist Norditalien, irgendwie ist es sogar die weite Welt. Dabei darf man nicht vergessen: Künstler zu sein bedeutet nicht nur Romantik, es ist teils ein hartes und von Idealismus genährtes Dasein, das nicht jedem liegen würde. Aber es sind eben diese Idealisten, die gerade wir von der Haft Betroffenen brauchen und die mit ihrer Ausdruckskraft die Forderung nach einer höheren Opferrente glaubhaft untermauern.

Tom Haltern. Foto: links Galerist Peter Keup, rechts Gino Kuhn.

Anm.: Die Fg wird über weitere Projekte u. Ausstellungen berichten.

Offenlegung der Daten

Härtefallfonds als Almosen?

Ein Härtefallfonds ist beschlossen, obwohl noch nicht als Gesetz auffindbar. Er ist aus Sicht der SED-Opfer eine unglückliche und minimale denkbare Hilfsmaßnahme, denn er besteht aus einer Einmalzahlung, die noch nicht mal einer Sozialleistung gleichkommt. Es ist ein pseudohumanitäres Pflaster von 2.500 Euro, könnte sich aber verdoppeln, sofern neben den vom Bund vorgesehenen 500 Millionen Euro auch die Länder Einiges drauflegen. Eine Fortführung, was heißt die an sich sinvolle monatliche Rentenaufstockung, ist nicht vorgesehen, sondern nunmehr abgegolten und vom Tisch. Für den Bund bzw. die Politik als solches ist dieser Beschluss hingegen die Ideallösung. Sie bedeutet Freispruch von allen weiteren Forderungen, denn man hat dann „wirksam“ etwas getan, was den sozialen, im Zuge der Wiedervereinigung entstandenen und durch frühere eklatante, wenn auch nicht beabsichtigte Fehler entstandenen Härtefällen zugutekommt.

Wer vom Härtefallfonds begünstigt wird, ist nicht klar. Ost- Rentner mit einem Einkommen „in der Nähe der Grundsicherung“ ist im Internet zu lesen. Damit steht vorab fest, dass erstens kein gesetzlich eindeutig fixierter Anspruch geltend gemacht werden kann und zweitens der jeweilige Antragsteller seine Einkommenssituation und andere persönliche Daten offenzulegen hat.

Ein weiteres Ärgernis ist der vage Zeitraum der Antragstellung und der Auszahlung. Nach bisheriger Information könnten die frühesten Zahlungen ab 2024 erfolgen. Wohl dem, der dann noch am Leben ist. Wenn man sich vor Augen hält, wie lange die Opfer des SED-Staates schon um eine bessere und würdigere Einkommenssituation ringen und wie großartig sich Politiker für eben diese eingesetzt haben, so kann man nur von einem falschen Blick auf die Betroffenen, bestenfalls von einem groben Missverständnis ausgehen. Was glaubt man, was man heuer mit 2.500 Euro anfangen kann? Nichts. *B. Thonn*

Rüge für das RÜG

Eine gewollte Rechtsbeugung?

Die hiervon Betroffenen fühlen sich in zweierlei Hinsicht betrogen. Erstens wurde ihnen im staatlichen Auftrag genommen, was ihnen zugesagt worden war, und zweitens ist strittig, dass bei der juristischen Wertung durch die zuständigen Instanzen die Unabhängigkeit der vorausgegangenen politischen Entscheidung gewahrt wurde. Wie auch seinerzeit bei der Opferrente für ehemalige politische Häftlinge werden Interessen und Ansprüche von Übersiedlern aus der DDR bei bundesdeutschen Gerichten offenbar nicht als berechtigt angesehen.

Opferrente, gerechte Rentenzahlungen oder bessere Sozialleistungen inform eines Härtefallfonds – wofür sollen wir uns vorrangig einsetzen? Auf dieser Seite vergleichen wir noch einmal die Varianten der möglichen finanziellen Verbesserungen für die Haftopfer.

Ob hier Vorurteile oder mangelnde Kompetenz (oder beides) ursächlich sind, mag dahingestellt bleiben. Eine Rolle mag sicherlich spielen, dass im Falle einer Rücknahme des RÜG und der Einhaltung einstiger Zusagen ein beträchtlicher Kostenaufwand entstehen würde. Dies darf jedoch keine juristisch unabhängige Entscheidung beeinflussen. Wir sehen, dass derzeit Unsummen an finanziellen Mitteln versprochen und ausgeschüttet werden, deren Berechtigung durchaus anzuzweifeln ist.

Bei all dem wäre es der falsche Weg aufzugeben. Die Erfahrung im Kampf um die Opferrente hat gezeigt, Beharrlichkeit und Geduld zahlen sich – nicht nur bildlich gesprochen – dann doch aus. Die Freiheitsglocke hat sich auch in der aussichtlosesten Situation für die Opferrente eingesetzt, Bundesvorstand und Redakteur sind bei den Fraktionen des Bundestags vorstellig geworden. Einzelne Kameraden haben sich mit persönlichen Schreiben an die regionalen Abgeordneten gewandt. Es galt: Die Hoffnung stirbt zuletzt, und kein Gespräch, das geführt wird, ist umsonst – mag es mitunter auch anders aussehen. *Valerie Bosse*

Opferrente: ausbauen

Mehr für Verbesserungen tun

Zweifellos ist eine spürbare Aufstockung der Besonderen Zuwendung die derzeit realistischste Möglichkeit, die Situation der ehemaligen politischen Häftlinge zu verbessern, zumal von den gleichzeitig betriebenen Forderungen Härtefallfonds und Rücknahme des RÜG längst nicht alle VOS-Mitglieder profitieren würden. Zudem hat die Bundesbeauftragte für die SED-Opfer die Forderung nach einer spürbaren Erhöhung der Opferrente und deren festgeschriebene Dynamisierung in ihren Jahresbericht an die Parteien aufgenommen. Durch die VOS wurde in diesem Jahr vorgeschlagen, die Besondere Zuwendung auf einen monatlichen Betrag von 800 Euro zu erhöhen. Damit könnte man ehemaligen Häftlingen die Beantragung anderer Leistungen – etwa den Ausgleich für in der Haft erlittene gesundheitliche Schäden oder Entschädigung von teils unzumutbarer Zwangsarbeit, gegen die sich kein Inhaftierter wehren konnte – ersparen.

Die vor den letzten Bundestagswahlen durch die VOS an die Parteien gegebenen Wahlprüfsteine haben gezeigt, dass seitens der an der Ampelkoalition beteiligten Fraktionen die grundsätzliche Bereitschaft zur Aufstockung des bisherigen Betrages vorhanden ist. Folgerichtig sollte die begonnene Initiative nunmehr durch konkrete Schritte vorangebracht werden.

Die große Resonanz in den vorigen Fg hat gezeigt, dass viele Betroffene eine solche Maßnahme als effektiv ansehen, innerhalb der zugleich umfassendere Regelungen – z. B. Übertragung der Ansprüche auf Hinterbliebene, Berücksichtigung von erlittener Haft im sozialistischen Ausland (CSSR, Bulgarien usw.), Abschaffung der Bedürftigkeitsklausel bzw. Aufstockung des Freibetrages, eine im Vergleich zu heutigen Haftbedingungen weitaus höhere Haftentschädigung – einbezogen würden.

Fest steht: Die Zeit drängt. Immer mehr Haftopfer versterben, und die, die am Leben sind, büßen an Kraft und Leidenschaft ein. Leider. *ARK*

Bedenklich: Die lange Zeit des Vergessens, Verdrängens und Leugnens

Der 9. November 1989 ist einer der wichtigsten Tage der deutschen Geschichte überhaupt

In der zweiten Amtszeit des Neubrandenburger Oberbürgermeisters und nach 32 Jahren Deutsche Einheit wurde erstmalig die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. zum Festakt anlässlich des Tags der Deutschen Einheit eingeladen. Es ist ausdrücklich zu begrüßen, dass die Stadtverwaltung Neubrandenburg endlich ihre politische Trägheit zu überwinden beginnt. Neubrandenburgs Oberbürgermeister Witt nahm in seiner Ansprache dann allerdings eine sehr selektive Begrüßung vor. Anwesende Opfervereinigungen wurden nicht erwähnt, und mit keinem Wort wurden das Engagement und die Leiden der Verfolgten des SED- Regimes zur Sprache gebracht.

Dabei leiden die Opfer der SED-Diktatur bis heute unter den Folgen ihrer Verfolgung in der DDR. Dies öffentlich zu äußern ist ein Mittel, um sich in einer Demokratie zu wehren und auf die schweren Schicksale aufmerksam zu machen. Zudem ist es erforderlich, die Verantwortlichen unermüdlich auf ihre Ignoranz hinzuweisen. In Neubrandenburg herrscht schon zu lange ein Zustand des Vergessens, Verdrängens und des Leugnens, wenn es darum geht, die Verbrechen des SED-Regimes beim Namen zu nennen. Dies zeigt sich auch darin, dass es in der Stadt nicht möglich scheint, neben dem 9. November1938 mit einem zeitlichen Abstand am gleichen Tag auch dem 9. November 1989 zu gedenken.

Man muss ernsthaft die Frage stellen: Warum wird der 9. November 1989 in Neubrandenburg nicht feierlich begangen? Der Tag ist neben demselben Datum 1938 ein Gedenk- und Schicksalstag: Es ist der Tag des Mauerfalls, des Sieges der friedlichen Revolution in der DDR gegen die Diktatur, auf den ein Jahr später die deutsche Wiedervereinigung folgte.

Wie wird der 9. November 1989 in Neubrandenburg öffentlich gewürdigt bzw. wahrgenommen? Ich sehe in der Stadt seit Jahren kein Anzeichen des Gedenkens an dieses bedeutende Datum. Natürlich sollte niemand sein Leben lang in den schrecklichen Erinnerungen des erlebten Terrors verharren, was ein Gedenken nicht ausschließt. Der 9. November ist in der deutschen Geschichte ein zentraler Tag, an dem mehrfach bedeutsame und umwälzende Ereignisse geschehen sind. Sind mehrere Gedenkveranstaltung an diesem Tag nicht zielführend bzw. wäre die öffentliche Aufmerksamkeit für mehrere Gedenkveranstaltungen am 9. November nicht ausreichend und könnte dem Gedenken eher schaden? Die Kontexte dieser beiden Schicksalstage und Wendepunkte in der deutschen Geschichte sind inhaltlich, ideologisch und politisch sehr unterschiedlich, sogar gegensätzlich und polarisierend.

Blickpunkt Neubrandenburg

Dennoch sollte man beiden Tagen entsprechend ihrer Bedeutung hinreichend Aufmerksamkeit widmen. Dass es seit Jahren kein öffentliches Gedenken an den 9. November 1989 in Neubrandenburg gibt, ist für mich unerträglich.

Für sehr viele Menschen inner- und außerhalb Deutschlands ist der 9. November 1989 ein sehr bewegender und positiv besetzter Tag. Er ist ein persönlicher Feiertag, der das Ende des SED-Regimes und der „Stasi“ als dessen wichtigster Herrschaftsstütze einläutete. Tausende Menschen waren Opfer der SED-Diktatur und des Ministeriums für Staatssicherheit, sie wurden schikaniert, bespitzelt, unterdrückt, enteignet, von ihren Familien getrennt, verfolgt, angeklagt, verhaftet, gefoltert, umgebracht oder in den Selbstmord getrieben. Millionen Menschen wurden hinter Mauern, Stacheldraht und Todesstreifen in Gefangenschaft gehalten. Wer die DDR verlassen wollte, musste alles zurücklassen, mehrere Jahre Haft riskieren oder seinen Fluchtversuch sogar mit dem Leben bezahlen. Das jahrzehntelange Schweigen muss enden. Die meisten SED- und Stasi-Täter haben geschwiegen, sie schweigen weiterhin, und das beinhaltet die Verachtung für die Opfer des DDR- Unrechtsstaates, aber auch das schlechte Gewissen ihnen gegenüber. Die Beihilfe der Täter ist zugleich die Beihilfe für die Tabuisierung der Verbrechen einer der schlimmsten und raffiniertesten Diktaturen des vorigen Jahrhunderts. Dass seitens der aus der SED entstanden Partei DIE.LINKE kein Interesse am Opfergedenken besteht, ist uns allerdings verständlich. Dies müsste dann mit der Absicht verbunden sein, die eigene dunkle Vergangenheit als Staatspartei der DDR und als führende Partei u. a. im Bezirk Neubrandenburg schonungslos aufzuarbeiten. Die Partei müsste mit ihren Alt-Kadern abrechnen, die ihre Gegner nach Bautzen, Hoheneck, Hohenschönhausen, Rostock, Neustrelitz, Neubrandenburg oder andere Orte brachten, die sie dem sowjetischen KGB auslieferten, der sie jeder nur denkbaren Folter unterzog, in den GULag verschleppte oder hinrichten ließ und sie in die MfS- Haftanstalten mit ihrem physischen und psychischen Foltermethoden gefangen hielt. Leider ist die nachträgliche Abkehr vom kommunistischen Terror in dieser Partei nicht in Ansätzen zu erkennen.

Wo und wie arbeitet die Stadt Neubrandenburg ihre Geschichte auf? Wo und wie arbeitet Neubrandenburg seine Orte der Diktatur auf? Warum verfallen die letzten rudimentären Reste des KZ- und NKWD-Lagers Fünfeichen? Die Ausrede, das Gelände gehöre der Bundeswehr, ist sehr einfach und wenig glaubhaft. Will man sich auf diese Weise seiner Verantwortung entziehen? Wo in Neubrandenburg gedachten der Oberbürgermeister, die SPD, die CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP, AfD und andere Parteien in den letzten Jahren des 9. Novembers 1989? Ja, es gab eine Festwoche im Jahr 2019, wo ausschließlich Vertreter des Neuen Forums geehrt wurden, jedoch niemand mit Haft- und Verfolgungsvergangenheit und auch kein Opferverband der SED-Diktatur wurde einbezogen.

→ nächste Seite oben

→ voriger Seite unten

Dass anlässlich des 9. Novembers 1989 das Ende der SED- Diktatur, das Leiden der Opfer von SED und Stasi mit keinem Wort bzw. der friedliche Verlauf der Revolution von 1989, die dadurch einsetzende Friedliche Revolution und die Wiedererlangung von Recht und Freiheit in den letzten Jahren und wahrscheinlich auch in diesem Jahr gewürdigt wurde, finde ich sehr schade und zugleich bedenklich. Unsere Gesellschaft und die Politikerinnen und Politiker sollten sich dessen als Repräsentanten bewusst sein. Hier haben der Oberbürgermeister und alle politischen Repräsentanten Neubrandenburgs aus meiner Sicht versagt!

Ein Oberbürgermeister sollte sich nicht einseitig, sondern überparteilich und um Gerechtigkeit sowie Wahrhaftigkeit bemüht äußern und auch so verhalten. Oder soll der 9. November 1989 mit seiner enormen geschichtlichen Bedeutung vergessen werden?

Neubrandenburg hat durch die zwölf Jahre Nazi-Diktatur und die 40 Jahre SED-Diktatur im letzten Jahrhundert leider eine sehr unglückliche und unrühmliche jüngere Geschichte. Viele auch heute noch lebende Menschen haben unter beiden Diktaturen – der faschistischen wie der vermeintlich antifaschistischen – gelitten, weil sie sich gegen die „rechten“ und „linken“ Despoten nicht wehren konnten oder sich nicht wehrlos unterwerfen wollten.

Denen, die es nicht erlebt bzw. vergessen haben, die sich nicht mehr erinnern können oder wollen, sei ein Besuch der Dokumentations- und Gedenkstätte des BStU in der MfS-Haftanstalt in Neustrelitz, Bautzen oder Hohenschönhausen verbunden mit einem Zeitzeugengespräch zu empfehlen. Hier ist eindringlich und exemplarisch veranschaulicht, wie die linksextreme, totalitäre, Tyrannei funktioniert hat. *André Rohloff / Fg*

Herbststimmung?

Ende fürs Gelände?

Mit dem oben stehenden Foto dokumentiert André Rohloff, stellvertretender Landesvorsitzende der VOS Mecklenburg-Vorpommern, den Verfall und die Vernachlässigung der ursprünglich zum Gedenken vorgesehenen ehemaligen Haftstätten seiner Heimatsstadt. Hierzu schreibt er: Seit dem Jahr 2015/ 2016 stehen vier Wachtürme und die Mauer auf dem ehemaligen MfS-Areal (Neustrelitzer Straße 120 / Kirschenallee 30 in 17033 Neubrandenburg) auf Initiative der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. unter Denkmalschutz. Bis heute hat die Stadt Neubrandenburg kein Nutzungskonzept entwickelt. Seit 1990 hat die Stadt Neubrandenburg den Opfern der SBZ-, SED-Diktatur kein Denkmal gewidmet. Ist dies auf politische Trägheit oder auf politischen Unwillen zurück zu führen? Zudem vermüllt das Areal, ist mit Graffitis beschmiert, die Stadt Neubrandenburg überlässt das Areal der Natur. Auch so kann man sich seiner unerwünschten Denkmäler entledigen? *André Rohloff / Foto. Text*

Was wir (auch) nicht vergessen sollten

Das K n a s t l e x i k o n

In dieser Reihe möchten wir Ihnen einige teils außergewöhnliche Ausdrücke / Begriffe erklären, die nur in der (DDR-)Haft geläufig waren und die man nicht vergessen sollte.

Heute:

Z ä h l u n g

Der Vorgang der Z. hat, auch wenn es beim flüchtigen Lesen so scheinen mag, nichts mit hohen Anforderungen an die Mathematik zu tun. Mit der Z. ist die zahlenmäßige Erfassung der Häftlinge durch die verantwortlichen Wachleute – auch Schließer genannt – gemeint. Wiewohl es sehr unwahrscheinlich war, dass ein Häftling aus dem Strafvollzug entkommen konnte und sich selbst im Falle einer gelungenen Flucht in der DDR kein Versteck finden ließ, wurde morgens nach dem Aufstehen, kurz darauf vor Beginn der Arbeit und am weiteren Tag noch drei- bis viermal gezählt. Die Häftlinge hatten sich hierzu entweder in der Zelle aufzustellen, oder die Z. erfolgte auf dem Arbeitskommando. Wurde in der Zelle gezählt, mussten die Strafgefangenen ihre Anstaltskleidung anziehen und sich an der dem Zelleneingang gegenüber befindlichen Wand im gebührlichen Abstand aufstellen. Der Verwahrraumrumälteste gab dem Wachmann den Status beispielsweise in folgender Weise bekannt: „Herr Wachtmeister, Verwahrraum 51 mit 18 Strafgefangenen belegt.“ Daraufhin zählte der Uniformierte die Angetretenen durch, was für diesen keineswegs immer eine leichte Aufgabe war, und verglich das Ergebnis mit der Zahl, die in der von ihm mitgeführten Liste eingetragen war. Erzielte er Übereinstimmung, nickte er meist und schloss die Tür, um diese schwere und verantwortungsvolle Aufgabe in der nächsten Zelle zu erledigen.

Igor Gerd Lesnikow

Anm. d. Autors:
Sehr gern nehmen wir Ihren/deinen Beitrag – mit oder ohne Nennung des Namens – in diese wichtige Rubrik auf.

Die Berührung mit der Geschichte bewegt unsere Schüler mehr als vieles andere

Seit vielen Jahren ist unser 94-jähriges VOS-Mitglied Wolfgang Lehmann aus Rimbach als Zeitzeuge an den Bildungseinrichtungen seiner Region tätig. Längst ist im Verband und in den Schulen bekannt, welch hohes Niveau seine Vorträge haben und wie sehr er als Mensch von allen Teilnehmenden geschätzt wird. Wolfgang Lehmann erfüllt damit ein Vermächtnis, das die vielen inzwischen verstorbenen Betroffenen nicht mehr wahrnehmen können. Nun wurde seine Zeitzeugen-Tätigkeit durch die Lehrerin Frau Trempel-Mark in einer anrührenden Laudatio gewürdigt. Lesen Sie nachstehend, was Frau Trempel-Mark an und über Wolfgang Lehmann schrieb.

Laudatio Wolfgang Lehmann

Lieber Wolfgang, du warst inzwischen einige Male in meinem Politikunterricht. Das möchte ich zum Anlass nehmen, dir meine Wertschätzung auszusprechen.

Zwischen dir und den Schülern liegen vier Generationen. Es ist so bemerkenswert, wie konzentriert, emphatisch und andächtig sie dir 90 Minuten lang zuhören.

Pädagogisch sind deine Besuche so wertvoll, denn plötzlich habe ich ein neues Klassenklima. Da sind zum Beispiel Elemente wie Vertrautheit, Ernsthaftigkeit und Offenheit. Schüler, die vorher weniger Interesse an Politik hatten, beteiligen sich am Unterricht und sind bereit, Aufsätze zu politischen Themen zu schreiben. Die Berührung mit der Geschichte bewegt unsere Schüler. Wolfgang, du zeigst uns, dass man Vergangenheit nicht vergessen soll. Wir sollten alle aus der Geschichte lernen. Momentan haben wir in Deutschland wieder eine Bewegung zum Rechtsextremismus. Das ist ein Rückwärtsentwicklung, das heißt weg von der Demokratie. Die Aufarbeitung der Geschichte ist ein wichtiger Grundpfeiler unserer demokratischen Gesellschaft. Bürger sollen partizipieren, sich füreinander interessieren, einsetzen und gemeinsam an der Zukunft arbeiten. Wolfgang, du erzählst auch vom Verzeihen können. Verzeihen ist ein Ausdruck der Stärke im zwischenmenschlichen Zusammenleben. Viele Menschen haben das verlernt oder weichen dem aus. Seinem Gegner verzeihen können bedeutet, ihm zu vergeben und seine Entschuldigung anzunehmen.

Unsere Schule besteht aus multikulturellen und multinationalen Schülern. Oft entstehen Konflikte. Die Auseinandersetzung mit anderen Kulturen gehört in den Unterricht. Unsere Zukunft kann nur durch gegenseitiges Verständnis, Akzeptanz und Zusammenarbeit gestaltet werden. Ich wünsche mir viele weitere Besuche von dir in unserer Schule und hoffe, dass deine Gesundheit es auch zulässt.

Vielen Dank.

Andrea Trempel-Mark

Zeitzeugenprojekt NRW 2022 sehr erfolgreich

Zahlreiche Veranstaltungen an Schulen und Einrichtungen

(Fg) Wie schon in den Vorjahren sind die Zeitzeugen der VOS in NRW sehr aktiv gewesen, wobei mit dem Kooperationspartner IDF der Ruhr-Uni Bochum eine wichtige Instanz zur Seite stand. Das Projekt wird in 2023 fortgesetzt.

Statement

Geschädigt bis heute

Ein Plädoyer für eine bessere Behandlung aller SED-Opfer

Neunter November, welch denkwürdiger Tag. Dreiunddreißig Jahre und länger ist es nun her, aber unsere Republik hat es immer noch nicht geschafft, alle Menschen, die unter katastrophalen, lebensbedrohenden Bedingungen, unter menschenunwürdigster Willkür in den Gefängnissen des kommunistischen Ostblocks einsaßen, endlich zu Anerkennung und Genugtuung zu verhelfen.

Wir wollen die ganze Welt oder die Hälfte retten, vergessen aber bewusst oder gedankenlos, ein Häufchen von gequälten, alten Seelen, die unschuldig in Knästen der schlimmsten Art viele Jahre ihres Lebens verbringen mussten, psychisch und physisch zutiefst verletzt wurden. Die einen mehr, die anderen weniger, alle sind für den Rest des Lebens geschädigt und müssen die Tage und Nächte ihres Martyriums gegenwärtig und wiederholt durchleben.

Nur weil sie keine Lobby oder Wählerpotential haben? Oder weil westliche Politiker, welche sich früher gern als Beschützer von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit definierten, aber heute aus geopolitischen, marktstrategischen und wirtschaftlichen Gründen längst zum vermeintlichen Vorteil mit ehemaligen Exponenten dieser verbrecherischen Regimes verbündet haben. Putin ist wohl das beste Beispiel.

Ich bin Opfer, aber ich schäme mich für Andere, für deren fehlende Empathie und für die Verletzung und Ausblendung der Humanität.

Peter Plach

Das „Aushängeschild“ von Margot Honecker als Romanschauplatz

Grit Poppes neues Buch lässt in ein besonders dunkles Kapitel der DDR schauen

Jugend bedeutet Zukunft, junge Menschen sind dazu bestimmt, das fortzuführen, was Ältere begonnen haben. Man sollte sie daher sorgsam behandeln und Verständnis für sie aufbringen, wenn sie sich nicht im Sinne der älteren Generationen in die Gesellschaft einbringen und eigene Interessen und Vorstellungen vom Leben und von der Zukunft, die letztlich ihnen gehören soll, haben – und wenn sie die Verantwortung für eben diese Zukunft nicht in die Gegenwart, sondern weit voraus, nämlich in ihre eigene Zukunft, projizieren.

In der heutigen Zeit reden wir von Umwelt-Aktivisten und von der unabwendbaren Klima- Katastrophe. Wir streiten, was mit modernen Rebellen geschehen soll, die mit Mitteln, die wir nicht akzeptieren und die für Aufsehen und Ablehnung sorgen. Wir, womit Politik und Medien gemeint sind, streiten auch über juristische Möglichkeiten, die fragwürdigen Aktionen zu stoppen, damit es im öffentlichen Leben keine Behinderungen und Unfälle gibt.

Das alles ist heute. Das, was im zeitlichen Maßstab gerade einen Steinwurf zurückliegt, wird verdrängt, gerät in Vergessenheit: die DDR, die Diktatur. Was geschah dort mit Jugendlichen, die sich individuell auflehnten oder einfach nicht mitmachen wollten? Die Beat-Fans, die Punks, die Aussteiger, die Lustlosen. Die Antwort hat Margot Honecker gegeben. Torgau, der Jugendwerkhof: Endstation und Startbasis. Die Endstation für das letzte Stück Freiheit, die Startbasis für ein Leben in Zwang. Viele, die Torgau durchleiden mussten, gerieten in eine kriminelle Laufbahn, deren Zielgerade der ärgste DDR-Knast, das Zuchthaus Brandenburg, wurde.

Wenn man heute den Begriff Fuchsbau in die Suchmaschine eingibt, erscheinen Links, die zu Wellness-Hotels oder zur Naturkunde führen. Der wirkliche Fuchsbau lässt sich erst finden, wenn man den Begriff mit Jugendwerkhof ergänzt oder den Titel von Grit Poppes neuem Buch „Rabenkinder“ eingibt. „Rabenkinder“ ist ein wirklich gelungenes Werk. Zum einen werden die Mechanismen der Jugenderziehung in der Diktatur aufgezeigt, zum anderen ist mit der Wahl des Zeitfensters – es beginnt genau mit dem Tag des Mauerfalls am 9. November 1989 – ein treffliches Datum gewählt. Im Mittelpunkt der Handlung stehen sowohl Opfer wie Täter, hinzukommen Polizist*innen – die Genderform wurde hier gezielt benutzt – und andere Personen. Es beginnt mit der Tötung des brutalen Anstaltsleiters, wobei es aufzuklären gilt, ob es sich um Mord oder Suizid handelt.

Bitte
=
lesen

Bücher in der Fg

Eine junge Volkspolizistin der Kripo erlebt dabei einen gesellschaftlichen Erkenntnisprozess, dem sich zum Ende der DDR viele kleine und vor allem große Täter verweigert haben. Nicht zuletzt ist in der Erzählung von Ministerin Honecker die Rede. Noch einmal, leider viel zu spät stellt sich die Frage: Warum wurden all die Täter, die zur Sicherung ihrer egoistischen Machtansprüche bewusst brutal gegen ganz junge Menschen vorgegangen sind, nach dem Mauerfall mit Samthandschuhen angefasst, warum dürfen ihre Nachfolger im Bundestag – selbst im Präsidium – sitzen oder den Ministerpräsidenten eines Bundeslandes stellen? Grit Poppes Roman bewirkt diese Emotionen in hohem Maße. Allein die Beschreibung des Zwangsaufenthalts im Fuchsbau oder die gnadenlose Verbohrtheit einer noch im Wachdienst verbliebenen Aufseherin stellen die Frage: Hatte all dies noch entfernt mit Menschlichkeit zu tun?

Heute ist es so, dass man von uns Opfern verlangt, wir mögen den Tätern verzeihen und Verständnis zeigen. Die Täter jedoch, ebenso ihre Nachfolger*innen (siehe obige Genderanmerkung) weisen alles von sich. Ministerin Honecker hat sich vom fernen Kontinent ohne Abstrich zur Richtigkeit ihrer unmenschlichen Politik bekannt. Egon Krenz, der sich in einem mehrstündigen ZDF-Interview salbungsvoll reinwaschen durfte, will nichts gewusst und nichts getan haben. Nein, niemand verlangt, dass man sie – wie im Lied gefordert – am Laternenpfahl aufhängt. Aber all den Genannten sollte man dieses Buch „Rabenkinder“ an den Grabstein heften. Schuld lässt sich weder durch Uneinsichtigkeit noch durch gelackte Sprüche und ein ebensolches Getue verwischen.

Grit Poppe hat sich erneut um die Aufarbeitung verdient gemacht und ein ganz dunkles Stück DDR-Diktatur beleuchtet. Es gibt nicht viele Autor*innen, die sich so mutig und engagiert mit der Aufarbeitung gerade auf dem Gebiet der Deformierung von Jugendlichen im SED-Staat befasst haben. Ihr ist wieder ein spannendes, lesenswertes Buch gelungen. *ARK*

Grit Poppe**: Rabekinder**
Ein historischer Wende-Thriller.
Berlin 2022, Taschenbuch,
496 Seiten, 11,99 Euro

Das Anliegen wurde offenbar falsch ausgelegt

Klare Worte zum inzwischen beschlossenen Härtefallfonds

Brief des IEDF-Vorsitzenden Jürgen Holdefleiß an die Abgeordnete der CDU Ottilie Klein und Kommentar des NRW-Vorsitzenden der VOS

Sehr geehrte Frau Dr. Klein,
im Zusammenhang mit dem von der CDUCSU-Fraktion gestellten Antrag 20/4049 "Union fordert Garantie für Renten-Härtefallfonds" ist aktuell wieder einmal davon die Rede, das Problem "DDR- Altübersiedler und deren vom Gesetzgeber nicht legitimierte nachträgliche und rückwirkende Einbeziehung in die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR" über den Härtefallfonds lösen zu wollen.

Wir halten es für notwendig, ein weiteres Mal darauf hinzuweisen, dass die genannten Themenfelder nichts, aber auch gar nichts, miteinander zu tun haben. Im Falle der DDR-Altübersiedler handelt es sich um eine unzulässige Interpretation des Rentenüberleitungsgesetzes zu Lasten der ehemaligen Ausreiseantragsteller, DDR-Flüchtlinge und aus politischer Haft freigekauften Häftlinge. Im Falle der Begünstigten des wie auch immer zu gestaltenden Härtefallfonds geht es hingegen um eine rein soziale Maßnahme, mit der Ungerechtigkeiten ausgeglichen werden sollen.

Aus gut unterrichteter Quelle wissen wir, dass Bundeskanzler Olaf Scholz beabsichtigt, das Thema Härtefallfonds bis Ende 2022 endgültig abzuschließen. Vor dem Hintergrund, dass das Thema Härtefallfonds in den Bundestagsfraktionen schon seit der 17. Legislaturperiode herumgeistert und bislang noch nicht einmal eine konkrete Gestalt angenommen hat, kann man dem Bundeskanzler nur zustimmen, wenn er hier einen "Wumms" produzieren will. Die CDUCSU- Fraktion hat sich in den vergangenen vier Legislaturperioden dem Thema DDR- Altübersiedler konsequent verweigert.

Der aktuelle Bundeskanzler Olaf Scholz, seinerzeit Mitunterzeichner des SPD-Antrages 17/5516, sollte jetzt aktuell durch den Bundestag zu einem *Doppelwumms* animiert werden und eine Lösung auf der Grundlage der in der Petition/ Beschwerde Pet. 3-19-11-8222-006 233 anbieten. Das Thema DDR-Altübersiedler" und die Notwendigkeit einer Lösung des Konfliktes ist dem Bundestag schließlich bereits seit der 16. Legislaturperiode bekannt. Die CDUCSU-Fraktion kann das ins Spiel bringen. Bitte, sehr geehrte Frau Dr. Klein, übernehmen Sie. (leicht gekürzt)

Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß
Vorsitzender IEDF

Eine vertane Gelegenheit

Enttäuschung auch in der VOS

Liebe Kameradinnen,
liebe Kameraden
am 16. November 2022 fand im Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus der vierte Runde Tisch mit den SED-Opfer- und Flüchtlingsverbänden statt. Aus meiner Sicht ist das Ergebnis zu den von uns vorgetragenen Fakten wegen der nach wie vor ungelösten Probleme wie Fremdrentenunrecht und Opferrente unübersehbar unakzeptabel. Offensichtlich soll die NRW- Landesregierung vor unseren berechtigten Forderungen geschont und deshalb nicht unter Druck gesetzt werden.

Das Gegenteil wäre angemessen und legitim gewesen. Eine vertane Gelegenheit, leider ...

Felix Heinz Holtschke
Stellvertr. Bundesvorsitzender

Foto (v. l.): Heiko Hendriks, Anna Kaminski, Felix Heinz Holtschke

Mäßige Erwartungen

Gründung der Partei Bündnis für Deutschland in Bremen

Die Floskel „Man sollte einfach eine neue Partei gründen und alles besser machen“ ist nicht selten zu hören. Tatsächlich gibt es immer wieder Initiator*innen (Genderform bewusst gewählt), die es zu solch einem Schritt drängt. Zumeist handelt es sich um Gründungen, die der mangelnden Zufriedenheit mit der Partei, deren Mitgliedschaft man hatte oder hat, entspringen. Jüngst entstand in Bremen das Bündnis für Deutschland, das sich nicht als Gleichschaltung zur AfD zuordnen lassen will, dies aber – allein wegen der Herkunft einiger Gründer – wird schwerlich verhindern können. Dass es den erhofften Erfolg bringt, ist unwahrscheinlich. Das deutsche Wahlpublikum ist von den bestehenden Parteien und den Äußerungen und Taten der jeweiligen Spitzen immer weniger überzeugt. Dies geht einher mit der aktuell existierenden politischen Lage, die allerdings nicht leicht zu bewältigen ist und wo man eine entsprechende Handhabung eher den Eingesessenen als den Abtrünnigen zutraut. Hingegen werden den öffentlich geäußerten Überlegungen der Noch-Linken Wagenknecht große Chancen eingeräumt. Dies muss nichts heißen. Mitunter entscheiden die Wahlberechtigten erst im letzten Moment, in der Kabine nämlich, wem sie ihre Stimme geben. Für Wagenknecht sind die Umfrageergebnisse indessen gut. Bei Bündnis für Deutschland hat man noch keine Angaben. Fakt ist, dass beide den bestehenden Parteien Schaden zufügen würden. Für die Linke wäre Wagenknechts Schritt, der sicherlich mit hoher Genugtuung ausgeführte endgültige bundesweite Todesstoß. Der AfD, so heißt es in den Kommentaren der großen Medien, schadeten sowohl das Bündnis für Deutschland wie auch eine neue, voraussichtlich links ausgerichtete Partei.

Die nächsten Bundestagswahlen liegen noch Jahre voraus. Man weiß freilich nicht, wie lange die „Ampel“ noch brennen wird. Mag sein, dass irgendwann jemand den Stecker zieht und (auch hier) der Strom weg ist. *B. Thonn*

Es ist nicht viel Zeit

96-jähriger Kamerad mahnt schnelle Verbesserungen an

✉ Das Jahr 2022 geht in Kürze zu Ende, viele gute Vorschläge wurden für die Opfer auf den Weg gebracht, es war ausführlich in der Freiheitsglocke zu lesen. Alles zugleich ist jedoch nicht so schnell wie man glaubt machbar. Wollte man dies, so würden bis zu deren Umsetzung wohl zwei Jahre vergehen. Viele von den Kameraden wären verstorben. Ob es dann den Verband noch geben wird, wissen wir nicht.

Schwerpunkt Nr. 1 wäre die Opferrente mit einer deutlichen Erhöhung

Fakt ist, dass die Opfer aufgrund der eingetretenen politischen Lage gerade j e t z t eine wirksame Verbesserung der unterstützenden Leistungen brauchen. Thema bzw. Schwerpunkt Nr. 1 wäre die Opferrente mit einer deutlichen Erhöhung. Von unserer Regierung werden derzeit allerlei Hilfspakete auf den Weg gebracht. Manches ist sehr großzügig. Aber die SED-Opfer profitieren davon nur wenig. Man muss daher fragen: Wo bleiben sie, was wird speziell für sie getan. Wenn ich mich richtig erinnere, war doch im Regierungsprogramm (gemeint ist der Koalitionsvertrag – d. Red.) eine Zusage für Verbesserungen im Jahr 2022 gegeben worden. Und dies war noch vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs und vor dem drastischen Anstieg der Inflation.

Meiner Meinung nach muss das jetzt (!) auf den Weg gebracht werden. Große Diskussionen sind deswegen nicht mehr erforderlich. Die Haftopfer brauchen das Geld dringend, und dies ohne jede Bürokratie.

Wir alle hoffen sehr auf positive Nachrichten. Ich selbst wünsche nun allen ein schönes Weihnachtsfest – soweit möglich – und für das Jahr 2023 viel Erfolg.

Karl-Heinz Genath (96 Jahre)

Anm. d. Red.: *Der Redakteur dankt dem Kameraden Genath ausdrücklich, der sich über Jahre hin für die Interessen der Haftopfer der SED-Diktatur einsetzt.*

Die Zeit läuft weiter

Neujahrsworte und Abschied von Arno Selten

✉ Wieder geht für uns alle ein schwieriges und unruhiges Jahr zu Ende. Neben unangenehmen Momenten und Situationen gab es auch Schönes und Erfreuliches, woran wir uns orientieren sollten. So war das herrliche Spätsommerwetter im Oktober ein Labsal für Körper und Seele und hat uns für vieles entschädigt.

Dennoch läuft die Zeit unaufhörlich und gnadenlos weiter. Wie sich die nächsten Jahre entwickeln werden, kann keiner vorhersagen. Bleiben wir trotzdem alle standhaft und kämpferisch. Lasst uns den Dingen trotzen, die auf uns zukommen. Wir haben unsere Standhaftigkeit und Widerstandsfähigkeit in der Vergangenheit zur Genüge unter Beweis gestellt. In diesem Sinne wünschen wir euch und uns ein besinnliche Adventszeit, friedliche Weihnachten und einen guten Verlauf des Jahres 2023.

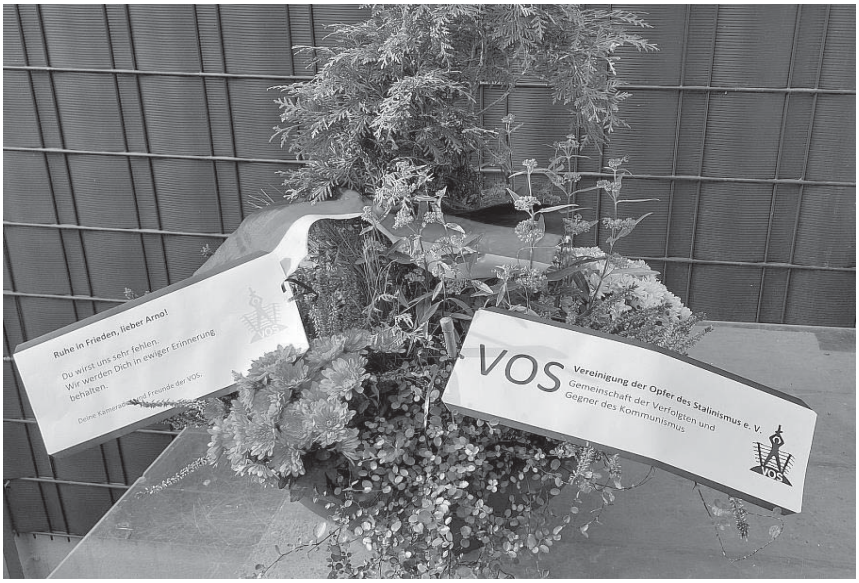
Mit Schmerz, aber auch mit Dankbarkeit blicken wir nun auf die vielen gemeinsamen Jahre mit Arno Selten zurück. Am 13. Oktober hatte eine kleine Abordnung unserer Gruppe an der Trauerfeier in Frankfurt teilgenommen und Arno im Kreis einer großen Trauergemeinde von Angehörigen, Freunden und Weggefährten zu Grabe getragen. Sein Tod ist für uns immer noch unfassbar und hinterlässt eine große, kaum zu schließende Lücke.

Bitte rechts oben weiterlesen

Er wird uns immer in guter Erinnerung bleiben. Ruhe in Frieden, lieber Arno.

Für den 3. Dezember luden Gerd Franke und Andrea Fehre zu einem Treffen am Mainzer Denkmal Unteilbares Deutschland ein, wo ein Blumenstrauß für die Opfer der Teilung und der kommunistischen Diktatur niedergelegt wurde. Anschließend waren ein gemeinsamer Bummel über den Mainzer Weihnachtsmarkt und die Einkehr in das Weinhaus Michel geplant.

Gerd Franke, Andrea Fehre



Wie nun weiter?

Verzweifelt und mutlos

✉ Nach einer dreiwöchigen Kur, wo ich versucht habe, die Angst vor der Zukunft loszuwerden, kehre ich nun nach Hause zurück. Aber es geht mir trotz der körperlichen Erholung schlecht. Die Preise sind inzwischen so sehr gestiegen, dass ich mich kaum in den Supermarkt traue. Das, was im Radio geredet wird, macht mir furchtbare Angst. Das bisschen Altersrente und die Zuwendung reichen kaum zum Leben. Ich mag aber nicht zum Sozialamt oder gar zur Tafel gehen. Jemand sagte kürzlich zu mir: „Du bist mit schuld, dass alles so schlecht ist. Wenn wir unsere sichere DDR noch hätten, wäre die Welt stabil.“ Wie soll man nach der damaligen Haftzeit damit leben? Bitte, Frau Zupke, Herr Redakteur und Herr Diederich, sorgen Sie für eine bessere Opferrente. Bitte, bevor es zu spät ist.

A. Lw.

Anm. d. Red.: *Es liegen keine näheren Angaben vor. Trotzdem wichtig.*

Das Ziel der Aktion „Babeta“ war eindeutig meine Ermordung

Erkenntnisse aus der Akteneinsicht sind schockierend und offenbaren das Gesicht des Sozialismus

In den vorigen Fg-Ausgaben veröffentlichten wir den Schicksalsbericht des ehemaligen politischen Häftlings Peter Plach, der in einem sogenannten sozialistisch Bruderland aus politischen Gründen inhaftiert und dort misshandelt wurde. Sein Schicksal wiegt im Vergleich zu anderen Auslandsbetroffenen besonders schwer. Es zeigt einmal mehr, dass diesen ehemaligen Häftlingen bislang zu wenig oder gar keine Beachtung beigemessen. Es gibt keine gesetzlichen Entschädigungsmaßnahmen, die denen der ehemaligen politischen Häftlinge von SBZ/DDR entsprechen könnten. Ganz klar wäre es die Pflicht der EU, Gerechtigkeit zu schaffen und diese Opfer nicht der Härtefalllösung zu überlassen.

Die Erfahrungen des Autors sind im Übrigen eine Warnung an alle, die die Gefahren einer Diktatur immer noch unterschätzen und wegschauen, wenn wir ehemals Betroffenen auf sie aufmerksam machen.

Fortsetzung aus voriger Fg

Weitere Folgen der Haft und Misshandlungen stellten sich erst im Verlauf mehrerer Jahre ein. Alle auf die Haft zurückführenden Schäden wurden – bis auf die psychischen – dokumentiert und begutachtet. Doch die Erinnerungen und die Wirkung des Erlebten im Gewahrsam sind für mich bleibend. Diese lebensbedrohenden Erlebnisse sind an mir nicht spurlos vorbeigegangen. Neu hinzu kamen nach meiner Freilassung die Verbitterung durch Enttäuschungen bei meinen Bemühungen um Rehabilitierung, Aufklärung und Verarbeitung dieses Verbrechens. Wohl wurde ich als politischer Häftling nach § 10/4 des HHG, Nr. 1517 anerkannt, doch inzwischen scheint diese Anerkennung nichts mehr wert zu sein.

Die Freude über die wieder gewonnene Freiheit währte somit nur kurz. Bald merkte ich, dass ich so nicht den nötigen Frieden, die nötige Ruhe finden kann. Gegen das Unrecht, welches mir angetan wurde, musste und muss ich etwas tun! Alle Bemühungen, Eingaben und Strafanzeigen gegen meine Peiniger in der damaligen kommunistischen CSSR blieben unbeantwortet, sie sind es bis heute geblieben. Bereits 1978 erstatteten meine Eltern Anzeige in der CSSR gegen alle Beteiligten an diesen Verbrechen. Es blieb natürlich unbeantwortet und verlief im Sande.

Häftlings = Schicksal

Nach der „Wende“ im Ostblock 1989/90 war es war mir endlich möglich, gegen das Unrechtsurteil vorzugehen. Ich fing an, um meine Rehabilitierung und später auch um eine Entschädigung zu kämpfen, zu prozessieren. Ich versuchte meine Peiniger, die potenziellen Mörder und ihre Mittäter zur Anzeige zu bringen. Um sie zur Verantwortung zu ziehen. Damit wurde aber gleichzeitig die psychische Belastung für mich noch spürbarer. Erst nach und nach wurde mir bewusst, was ich durchlebt habe und unter welchen Folgen ich leide. Ich habe sechs Jahre meines Lebens, meine Familie und einen Teil meiner Gesundheit verloren. Die mir durch Folter, Misshandlungen und Haft zugefügten gesundheitlichen Schäden wurden durch einen gerichtlich bestellten renommierten tschechischen Gutachter bereits am 21. Mai 2001 dokumentiert und bewertet.

Mit viel Zeit- und kräftezehrendem Aufwand und zunächst auch mit Rückschlägen, erreichte ich nach fünf Jahren am 29. November 1994, einen Teilerfolg. Mit der Feststellung, die Anschuldigungen waren von der Stasi / StB nachweislich zweckdienlich frei erfunden, wurde ich am 29. November 1994 vom Rehabilitationsgericht in Tabor, Tschechien, vollständig gerichtlich rehabilitiert. Zuvor hatten mich zwei tschechische Rechtsanwälte mit dem Versprechen der Hilfe betrogen und bei mir abkassiert**.** Nach der Rehabilitierung konnte ich Akteneinsicht im StB / Stasi-Archiv in Pardubice (Tschechien) nehmen.

Aus ungewöhnlich vielen Seiten geht hervor, dass die von der Stasi der CSSR gegen mich gestartete Aktion „Babeta“, eine geplante, völlig brutale, ungesetzliche Verfolgung mit dem Ziel meiner Ermordung war. Absprachen zwischen Innenministerium der CSSR, der StB und der Justiz sind dokumentiert.

Für mich war das eine wirklich schockierende Erkenntnis, es war erstaunlich, wie viele Menschen aus meiner Umgebung, sich laut Aktenlage im Archiv, als Denunzianten, Zuträger, und profilierungssüchtige Lügner der Stasi angedient haben.

„Ich kann so keinen Schlussstrich ziehen und keinen Frieden finden.“

Trotz Rehabilitierung kämpfe ich von 1990 bis heute gemeinsam mit meinem tschechischen Rechtsanwalt vor tschechischen Gerichten für eine angemessene Entschädigung für Haft, gesundheitliche Schäden, Verdienstausfall, Existenzvernichtung und beschlagnahmtes Eigentum.

Die Frage stellt sich: Was ist das für eine Rehabilitierung, wenn zwar das Urteil als unrechtmäßig bzw. gesetzwidrig aufgehoben wird, die Strafen und die Folgen dieser verbrecherischen Verurteilung jedoch weiter bestehen bleiben?

Das kann und will ich nicht akzeptieren, denn ich kann so keinen Schlussstrich ziehen um den so sehr gewünschten Frieden zu finden. Ohne die Befriedung der Vergangenheit sehe ich keine Perspektive für mich. Die vollständige Erfüllung, bzw. der Vollzug meiner gerichtlichen Rehabilitierung steht als Aufgabe und Befreiungsschlag bis heute im Mittelpunkt meines Lebens und macht mir das Leben zugleich schwer.

→ nächste Seite oben

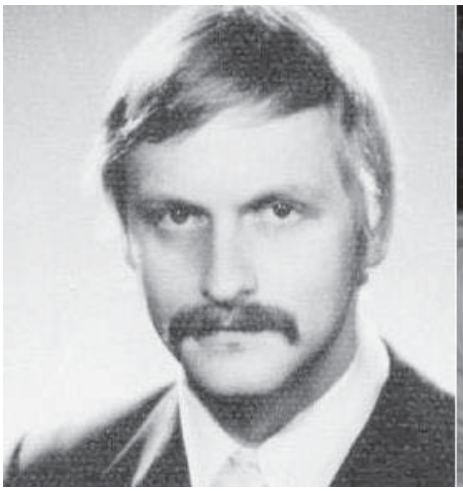
→ voriger Seite unten

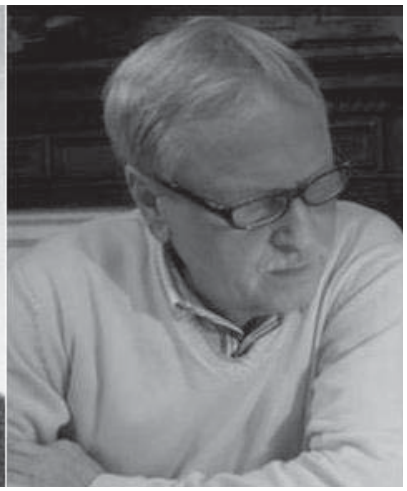
Doch von der Tschechischen Republik wird das Verbrechen mit anderen Mitteln bis heute fortgeführt. Die kommunistischen Verbrechen werden auch noch heute vertuscht und verteidigt. Und das dreißig Jahre nach dem Fall der kommunistischen Terrorregimes in Europa!

Ausländer (Deutsche) haben keinen Anspruch auf Entschädigung.

Der Vertreter der beklagten Seite des Justizministeriums bestreitet trotz umfangreicher Dokumentation meines Falles, die StB wäre in meinen Fall ungesetzlich vorgegangen bzw. hätte Gewalt angewendet. Alle Täter an diesen Verbrechen werden von Seilschaften in der heutigen immer noch kommunistisch dominierten Justiz der Tschechischen Republik beschützt, Aufklärung wird eher verhindert. Ehemalige Täter waren weiterhin ungestraft in ihren Ämtern tätig.

Die ermittelnde Behörde UDV weigert sich, die Identität der beteiligten „operativen" Stasi Gewalttäter festzustellen. Eine Entschädigung für beschlagnahmtes Eigentum wurde rechtskräftig abgelehnt, trotz vollständiger gerichtlicher Rehabilitierung: Ausländer / Deutsche haben keinen Anspruch. Die Justiz und die Regierungen der postkommunistischen Tschechischen Republik sind bis heute von Exponenten des ehemaligen kommunistischen Regimes unterwandert und bleiben es vermutlich noch lange. Kommunistische Verbrecher stehen dort unter Schutz der korrupten politischen Seilschaften des ehemaligen Regimes. Nur zur Ergänzung der Rechtstaatlichkeit in Tschechien: Die tschechische Justiz weigert sich bis heute die Hauptverantwortlichen für die Toten an der Grenze zu belangen. Das ist die Rechtstaatlichkeit im EU Land Tschechien! Einstige westliche „Beschützer" von Freiheit und Demokratie haben sich längst mit den Exponenten der ehemaligen terroristischen kommunistischen Regimes aus wirtschaftlichen und geopolitischen Gründen verbündet, Verbrechen gegen welche sie selbst lautstark ihre Stimmen erhoben haben, interessieren sie heute zweckdienlich nicht mehr. Opfer bleiben Opfer, besonders wenn es deutsche Opfer sind.





Als deutscher Staatsbürger, als Opfer menschenverachtender Brutalität eines kommunistischen Regimes und anerkannter politischer Häftling nach § 10, Abs. 4 des HHG stellte ich in Deutschland einen Antrag auf die „Opferrente" nach StrRehaG, später auch einen Antrag auf eine Kapitalentschädigung nach StrRehaG. Zu diesen Anträgen gibt es auch noch andere zutreffende Voraussetzungen, welche mich dazu veranlassten.

In meinem Fall war die DDR – das MfS, die Stasi – direkt am Verbrechen gegen mich beteiligt, wie die Unterlagen der BSTU belegen. Mindestens zweimal wurde ich auf das Gebiet der DDR verschleppt. Beide Anträge wurden abgelehnt mit der Begründung: Steht nur ehemaligen „DDR"-Opfern zu. Demnach sind Opfer, Bundesbürger, der „alten" Bundesländer also minderwertig und keiner Leistung und Hilfe wert. Das Häftlingshilfegesetzt wurde in den letzten Jahren so weit novelliert, dass Opfer wie ich komplett alle Ansprüche auf Hilfe und Leistungen verloren haben. Vorsätzlich?

Auch von eventuellen Ansprüchen und Leistungen nach dem Opferhilfegesetz bin ich ausgeschlossen. Ich leide demnach zusätzlich an der diskriminierenden deutschen Gesetzgebung. In Folge der Ablehnungen der Anträge richtete ich eine Petition an den Deutschen Bundestag, mit der Bitte um Gleichstellung mit deutschen Opfern der Gewalt kommunistischer Gewaltanwendung.

Die Petition wurde nicht abgelehnt, sie wurde an die Gremien des Deutschen Bundestages weitergeleitet und versickerte. Eine weitere Petition richtete ich an den Deutschen Bundesrat, sie wurde weitergeleitet und versickerte ebenfalls. Für die Politik haben Menschen, Opfer wie ich, kein Wählerpotenzial, man kann sie also als unbedeutend verachten.

Der immer zur Ablehnung jeder Leistung nach dem StrRehaG führende Grund, wird von deutschen Behörden so formuliert: „Deutschen Gerichten ist es aus völkerrechtlichen Gründen verwehrt, Entscheidungen anderer Staaten für rechtsstaatswidrig zu erklären und aufzuheben." Dessen bedarf es aber in meinen Fall gar nicht, denn ich bin vom Verursacherland, der Tschechischen Republik, bereits 1994 voll rehabilitiert worden. Damit wurde das ursprüngliche rechtswidrige Urteil aufgehoben und bereits für rechtsstaatswidrig erklärt. Nach dem gleichen Grundsatz wäre aus völkerrechtlichen Gründen nun auch das Rehabilitierungsurteil anzuerkennen. Eigene westdeutsche Bürger für Schäden und Leid zu berücksichtigen, seien sie auch im Ausland zu Unrecht passiert, kann keine Souveränität eines anderen Landes verletzen, sondern obliegt der Hoheit der Bundesrepublik Deutschland. Der Ablehnungsgrund ist also nur vorgeschoben.

Fotos (© privat**:)** Peter Plach (1977 links, 2017, rechts)

Fortsetzung nächste Ausgabe

Giftschrankliteratur, Oberflächlichkeit und Speichelleckerei

Zur Neustädter Ausstellung „Leseland DDR“, die leider im Oktober schon schloss und einen (unvollständigen) Streifzug durch die offene und die heimliche DDR-Literatur bot

Offiziell war die DDR-Literatur Teil des ideologischen Überbaus der sozialistischen Gesellschaftsordnung, dem die ökonomische Basis, die der Planwirtschaft unterworfen war, gegenüberstand. Durch die von sozialistischen Schriftstellern produzierte Literatur sollten die *Werktätigen* erzogen und zu höheren Arbeitsleistungen beim *Aufbau des Sozialismus* angespornt werden. Dass dieses hehre Ziel nie erreicht wurde, zeigt das krachende Scheitern des am 24. April 1959 verkündeten „Bitterfelder Weges“, der von den Folgen des Mauerbaus am 13. August 1961 konterkariert wurde. Die staatlich verordnete Literaturbewegung verlief ganz anders, als von den Literaturplanern im SED- Politbüro vorgesehen.

Wie befohlen, schrieben die Arbeiter („Greif zur Feder, Kumpel!“) ihre Erlebnisse in den Betrieben auf, doch dabei entstand keine Literatur, die man hätte drucken können. Ein Dutzend der Berufsschriftsteller (darunter Willi Bredel weigerten sich, den Schreibtisch mit dem Schraubstock zu vertauschen) ging tatsächlich für einige Wochen in die Betriebe, wo ihnen aber rasch, wenn sie Schulter an Schulter mit der „Arbeiterklasse“ in der Fabrikhalle standen, die Augen geöffnet wurden über die Zustände an der „ökonomischen Basis“.

Brigitte Reimann, die mit ihrem Ehemann Siegfried Pitschmann im Industriekombinat Schwarze Pumpe arbeitete, veröffentlichte am 8. Dezember 1962 in der SED-Zeitung Neues Deutschland unter dem Titel „Entdeckung einer schlichten Wahrheit“ einen „Offenen Brief“ an Walter Ulbricht, worin sie ihre Enttäuschung darüber schilderte, dass die „Arbeiterklasse“ immer noch der „bürgerlichen“ Ideologie verfallen war. Ihr Roman „Die Geschwister“ (1963) und der ihrer Kollegin Christa Wolf „Der geteilte Himmel“ (1963), der in der Waggonfabrik Halle-Ammendorf spielt, greifen zwar das Bitterfelder Muster eines Industrieromans auf, lassen aber die Themen zu Wort kommen, die den DDR-Bürgern auf den Nägeln brennen, in diesem Fall die massenweise „Republikflucht“ nach Westberlin. Der erste Roman, der die DDR-Gesellschaft kritisch ins Visier nahm, war der von Karl Heinz Jakobs „Beschreibung eines Sommers“ (1961), der noch vor dem Mauerbau erschien und zum Bestseller wurde: Auf einer Großbaustelle verliebt sich ein lediger Ingenieur in eine verheiratete Genossin, wird vors Parteigericht zitiert, weil das Liebesverhältnis der „sozialistischen Moral“ widerspricht, und muss seiner Liebe abschwören!

Wegen George Orwells utopischem Roman „1984“ zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die in Neustadt bis 18. Oktober 2022 gezeigte Ausstellung wurde im Auftrag der „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED- Diktatur“ von dem 1950 in Halle/Saale geborenen Historiker Stefan Wolle erarbeitet, der das Berliner DDR-Museum leitet und mindestens zwei bemerkenswerte Bücher geschrieben hat: „Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte“ (1993) und „Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971 bis 1989“ (1998). In der sehenswerten Ausstellung wurde das traurige Schicksal des einstigen Wismut-Bergmanns und Schriftstellers Werner Bräunig (1934 bis 1976) beschrieben, dessen Romanmanuskript „Rummelplatz“, von dem Auszüge im Oktoberheft 1965 der Zeitschrift Neue Deutsche Literatur vor veröffentlicht worden waren, auf dem 11. Plenum des ZK der SED (16. bis 18. Dezember 1965) wegen „Beleidigung der Werktätigen und der sowjetischen Partner“, massiv kritisiert wurde und von keinem DDR-Verlag gedruckt werden durfte. An dieser Entscheidung zerbrach der Autor, verfiel vermutlich dem Alkohol und verstarb mit 42 Jahren. Das verbotene Buch erschien 2007 im Aufbau-Verlag.

Eine Schautafel ist der „Giftschrankliteratur“ gewidmet. Man erfährt, dass man eine Haftstrafe riskierte, wenn man solche antikommunistischen Bücher besaß und zum Lesen an Freunde weiterreichte. Beispiele werden nicht genannt. Mein Waldheimer Mithäftling Baldur Haase in Jena ließ sich 1958 von einem westdeutschen Freund George Orwells utopischen Roman „1984“ schicken und wurde zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Darüber hat er das Buch „Briefe, die ins Zuchthaus führten“ (2003) geschrieben. Von Erich Loest, der als DDR-Häftling sieben Jahre im Zuchthaus Bautzen II gesessen und danach mehrere DDR- kritische Romane geschrieben hat, wird auf Schautafel 18 nur der Buchtitel „Der vierte Zensor“ (1984) vermerkt, ohne dass erklärt würde, worum es geht: Es geht „um das Entstehen und Sterben“ (Untertitel) des Romans „Es geht seinen Gang oder Mühen in unserer Ebene“ (1978).

Von Erik Neutsch mit seinem noch heute lesenswerten Bitterfeld-Roman von 912 Seiten „Spur der Steine“ (1964) wird nur die nach wenigen Vorführungen verbotene Verfilmung erwähnt, ohne dass die politische Sprengkraft des Romans genannt würde. Der heute bei Passau wohnende DDR-Autor Reiner Kunze, der mit seinem nur in Westdeutschland erschienenem Buch „Die wunderbaren Jahre“ (1976) hohes Aufsehen erregte und deshalb 1977 ausgebürgert wurde, kommt bei Stefan Wolle nicht vor.

Auch Anna Seghers, Stefan Heym und Jürgen Fuchs suchte man hier vergeblich.

→ nächste Seite oben

→ voriger Seite unten

Es gab auch in der DDR fiktive Literatur zum als „Konterrevolution“ diskriminierten Aufstand des 17. Juni 1953 wie die Romane Stefan Heyms „Fünf Tage im Juni“ (1974) und Erich Loests „Sommergewitter“ (2005) zeigen. In den DDR-Jahren unter Erich Honecker 1971/89 wurde die DDR zunehmend zum Informationsträger, die die Bevölkerung über die Zustände im Land aufklärte. Sie übernahm die Aufgabe, die DDR-Zeitungen, die nur Verkündungsblätter waren, nicht erfüllen konnten. Ein Beispiel für diese Literaturrichtung ist Volker Brauns „Unvollendete Geschichte“ (1975), die nur in der Literaturzeitschrift „Sinn und Form“ erschien, bei Suhrkamp in Frankfurt/Main aber als Taschenbuch. Es geht um ein Liebesspaar in Magdeburg, wobei der junge Mann ins Visier der Staatssicherheit geraten ist, während die junge Frau, Tochter eines SED-Kreisvorsitzenden, als Volontärin bei der Magdeburger „Volkszeitung“ arbeitet. Der Titel der Erzählung ist doppeldeutig, meint nicht nur den Text, sondern auch die DDR-Geschichte, die unvollendet ist, solange solche schrecklichen Geschichten passieren können! Auch der Name des überzeugten Kommunisten Volker Braun wird in dieser Ausstellung nicht genannt.

Als ich im März 1990 nach Jahrzehnten wieder zur Leipziger Buchmesse fuhr, machte ich Rast in Eisenach, um einen Kaffee zu trinken. Die Buchhandlung nebenan war angefüllt mit DDR-Literatur, ein Jahr später stand nur noch westdeutsche Literatur in den Regalen. DDR-Literatur interessiert heute niemanden mehr, außer vielleicht DDR- Forscher und DDR-Nostalgiker. Einer davon ist Peter Sodann, der 1962 bei der Leipziger Staatssicherheit in meiner Nachbarzelle saß und nach dem Mauerfall im „Tatort“ den Kommissar Bruno Ehrlicher spielt. Er sammelt unermüdlich in Staucha (Sachsen) DDR-Literatur von 1945 bis 1990. *Jörg Bernhard Bilke*

Den vergeblichen Worten folgten Taten

In Neubrandenburg soll durch Vereinsgründung mehr für die Rettung historischer Gedenkorte erreicht werden

Erfreulicher- und eigentlich notwendigerweise hat sich am 2. November 2022 in Neubrandenburg ein Verein mit dem Namen *Gedenkort Neubrandenburger Lindenberg – Stasi Untersuchungshaftanstalt e. V* gegründet hat. Dieser Verein ist ein Gegengewicht gegen das leider als stoisch zu bezeichnende Verhalten der lokalen Verwaltung und der Politik entstanden. Er hat sich neben der Erhaltung der vom Verfall bedrohten historischen baulichen Anlagen das ausdrückliche Ziel gesetzt, die Erforschung und Dokumentation der Geschichte der Untersuchungshaftanstalt der Stadt Neubrandenburg durchzusetzen. Der Schwerpunkt soll auf Zeitzeug*innen Berichte und die baulichen Eigenheiten des modernsten und letzten Baus einer Untersuchungshaftanstalt des MfS der DDR und des dort exekutierten Unrechtes bis 1990 gelegt werden. Zugleich geht es – siehe oben und weitere Beiträge zum Thema in dieser und anderen Fg-Ausgaben – um die Förderung des Erhalts des Objektes in seiner Gesamtheit als Ort der Erinnerung an die Stasi- Untersuchungshaft und bauhistorisch modernstes Instrument der Unterdrückung in der DDR.

Zum ersten Vorsitzenden wurde Thoralf Maaß gewählt, der selbst von 1988 bis 1989 in der Untersuchungshaftanstalt des MfS in Neubrandenburg inhaftiert war. Sein Stellvertreter ist der Neubrandenburger Hochschulprofessor Prof. Dr. Kai Brauer. Zu den Gründungsmitgliedern gehören Prof. Dr. Júlia Wéber, Prof. Dr. Kai Brauer, Prof. Dr. Daniel Rottke, Dr. Nora Lentke-Maaß, Dr. Christian Halbrock, Kathrin Engel, Thoralf Maaß und André Rohloff.

Es ist gut, dass die VOS– Vereinigung der Opfer des Stalinismus / Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus e. V. und Gedenkort Neubrandenburger Lindenberg – Stasi Untersuchungshaftanstalt e. V. das gleiche Ziel der Aufarbeitung, des Erinnerns und Gedenkens verfolgen. Verschiedenartige Meinungen gehören in den öffentlichen Raum, auch wenn Oberbürgermeister Witt und viele Stadtvertreter*innen bis heute wenig bis gar kein Engagement zeigen, um der Opfer des SED-Regime in Neubrandenburg zu erinnern. *André Rohhloff / Fg*

Foto (© A. Rohloff) hinten:
v. l. n. r: Dr. Christian Halbrock, André Rohloff, Thoralf Maaß, Prof. Dr. Daniel Rottke. V**orn:**
v. l. n. r.: Dr. Nora Lentke-Maaß, Prof. Dr. Kai Brauer, Kathrin Engel, Prof. Júlia Wéber.

Anm.: Die Fg wird über weitere Aktivitäten des Vereins berichten.

Die Angst vor dem Neo-Sowjetismus sitzt in der Ukraine sehr tief

Die Erfahrungen und Gefühle der Osteuropäer sind grundsätzlich anders als die westlichen

Obwohl es alle psychologischen Prozesse zusammenfasst, sind doch Wahrnehmungen und persönliche Erfahrungen neben angeeignetem Wissen und anderem, eine der wesentlichen Grundlagen des Denkens. Und diese sind in Osteuropa eben anders als im Westen. Diesen grundsätzlichen Fakt stelle ich meinen Ausführungen voran, die von einer Rede Gregor Gysis im Deutschen Bundestag im September 2022 ausgehen.

Gregor Gysi hielt eine Rede, die das Problem des Andersseins besonders auffallend am Beispiel der Ukraine zeigte. Er kanzelte dabei die Grünen-Politikerin Katrin Göring-Eckardt wegen mangelndem Geschichtswissen ab. Gysi ging auf einen Fakt in der ukrainischen Politik ein, der in Deutschland so gut wie nicht bekannt ist, weil er von den deutschen Medien totgeschwiegen wird, nämlich, dass es dort eine extrem nationalistische Partei gibt, die an der ukrainischen Regierung beteiligt ist. Diese Partei sei sozusagen eine faschistische Partei und habe bis 2014 ein Institut geführt, das den Namen Hermann Göring hatte. Erst nach 2014 sei es umbenannt worden. Das habe sich keine andere Partei in Europa getraut. Nebenbei bemerkt, deckt sich dieser Fakt mit dem von Putins Regierung propagierten Vorwurf, dass in der Ukraine Faschisten an der Macht seien, die man zu Recht bekämpfe. Das wiederum ist auch nicht die ganze Wahrheit, denn diese Gruppe extremer Nationalisten ist in der Ukraine klein und hat keinen großen Einfluss, wenngleich sie an der Regierung beteiligt ist. Gysi fordert nun von der deutschen Regierung, sie solle von der ukrainischen verlangen, dass diese Partei aus der Regierung ausgeschlossen wird. Aus deutscher Sicht mag das richtig sein, was Gysi sagt. Und natürlich kann man aus unserer Sicht auf gar keinen Fall tolerieren, dass eine europäische Partei ein Institut unterhält, dem sie den Namen Hermann Göring gibt. Aber, muss man vielleicht Gregor Gysi fragen, wo sind die Ursachen, dass sich so ein extrem nationalistisches Denken in der Ukraine verbreitet. Wie würden sie denken, wenn sie und ihre Vorfahren 70 Jahre lang unterdrückt, drangsaliert und gemordet wurden? Wie würden sie heute denken? 70 Jahre sowjetkommunistischer Terror und Mord an den Angehörigen hat eben in der Ukraine, aber nicht nur dort, so tiefe Spuren hinterlassen, dass er solches Denken heute noch bewirkt. Und das konnte auch nicht durch die Besetzung durch die deutsche Wehrmacht von 1941 bis 1944 getilgt werden. Wobei belegt ist, dass die Deutschen in den ersten Kriegsjahren als Befreier in der Ukraine gefeiert wurden.

Die vom Sowjet verursachten Tragödien sind in der Ukraine nicht vergessen, und sie beeinflussen das Denken und Handeln bis heute.

Denn bereits 1917 begannen die Sowjets mit der Roten Armee und der Tscheka die Bauern in der Ukraine zu terrorisieren und zu morden, indem sie die Abgabe sämtlicher Getreidevorräte von ihnen verlangten und jeden, der sich weigerte sofort am Scheunentor erschossen. Für die Zwangsarbeit in den Waldgebieten des Nordens und Ostens wurden ganze Familien deportiert. Sie wurden aus ihren Dorfkaten und Wohnhäusern gewaltsam herausgeholt, auf bereitgestellte Lastwagen geladen, zur Bahnstation gebracht und oft nur notdürftig bekleidet in die eiskalten schneereichen Lager transportiert. Hundertausende kamen dadurch zu Tode. Auch die Hungerkatastrophe in der Ukraine 1929 bis 1931, die man dort Holodomor nennt, ist auf die sowjetkommunistische rücksichtslose Getreidebeschaffungsaktion zurückzuführen und forderte durch die folgende Hungersnot den Tod von Millionen ukrainischen Männern, Frauen und Kindern.

Einige deutsche Fachexperten, die 1930 Sowjetrussland bereisten, unter ihnen Dr. Gehrhardt von der Königlich Preußischen Forstakademie Hannoversch-Münden, lernten durch Zufall diese Gräuel kennen. Tausende von Kosakenfamilien flohen vor den Bolschewiken nach Frankreich. Tausende Kosaken stürzten sich mit ihren Kindern 1945 in den Tod in das eiskalte Wasser der Drau in Judenburg, weil sie nicht in sowjetrussische Gefangenschaft gehen wollten. Diese Tragödien sind in der Ukraine nicht vergessen und sie beeinflussen eben das Denken. Allein nur auf unsere ethischen Normen, auf unsere Rechtsauffassung, oder auf die von der Europäischen Union vertretenen Prinzipien zu pochen, das reicht hier sicher nicht.

Trotz der mörderischen Erfahrungen mit Sowjetrussland, die sich ja auch in der deutschen Geschichte der „Speziallager“ wiederspiegelt oder in den Waldheim-Prozessen oder in den Erlebnissen mit dem MfS in der DDR, gibt es nach wie vor widersprüchliche Auffassungen auch in Deutschland über diese Zeit und zu Russland überhaupt. Wir als Opfer des Kommunismus dürfen z. B. nur private Opfer sein und keine Antikommunisten. Oft werden wir militante Antikommunisten genannt. Andere Deutsche dürfen sich offen und überall als Antifaschisten bezeichnen und die sogenannte Antifa, die Teil der linken Partei Gysis ist, lässt man sogar gewähren, wenn sie Terroranschläge auf missliebige Personen in Deutschland verübt. Das an dieser Stelle angedeutete Andersdenken kommt z. B. in ganz unterschiedlichen Begriffen zum Ausdruck: Wir Ostdeutschen wissen aus den Erfahrungen und Erlebnissen mit unseren Eltern und Urgroßeltern, dass die sowjetrussischen Speziallager in der SBZ und DDR von 1945 bis 1950 nichts anderes waren als menschenunwürdige KZ. Westdeutsche Historiker bezeichnen diese beschönigend als Internierungslager. Wir ehemaligen DDR Bürger haben z. B. 40 Jahre lang den Begriff „Aktivist“ als vorbildlicher Arbeiter verinnerlicht. Heute versuchen Journalisten mit der aus dem Westen kommenden verdrehten Begriffsschablone uns tagtäglich vorzugaukeln, linke Terroristen seien Aktivisten.

→ nächste Seite oben

→ voriger Seite unten

Sind jene linken Terroristen, die etwa bei der Totenehrung für die Opfer der anglo-amerikanischen Bombenangriffe auf Dresden am 13. Februar 1945 auf dem Kranz von Sachsens Ministerpräsident Michael Kretzschmer und anderen Kränzen herumtrampelten und sie zerstörten, sind das Aktivisten, d. h. vorbildliche Arbeiter? Es scheint, dass hier seit Jahrzehnten der Versuch unternommen wird, den einst von Lenin propagierten und staatlich inszenierten innenpolitischen Terror bei uns in Deutschland durch die Hintertür salonfähig zu machen.

Nicht abwegig finde ich aber auch, wenn viele Ostdeutsche sich eine realistischere Politik mit Russland wünschen, die auch unser sächsischer Ministerpräsident Michael Kretzschmer vertritt. Dass er dadurch angefeindet wird, finde ich unanständig. Denn es ist z.B. vollkommen unrealistisch, einen Krieg gegen Russland gewinnen zu können – und wie lange soll das dauern? Wie viele Tausende Menschen will man noch opfern? Und was bewirken letztlich die wirtschaftlichen Sanktionen? Russland ist nicht auf deutsche Waren angewiesen. Es kann diese genauso gut in China kaufen. Deutschland hingegen schadet sich fundamental. Feindschaft mit Russland hat sich für Deutschland noch nie ausgezahlt. Und ohne Russland kann es keinen Frieden in Europa geben.

Meiner Meinung nach gibt es nie einfache Lösungen. Man muss vieles in Überlegungen einbeziehen: die Tatsache, dass Putin ein gelernter KGB-Mann ist, dass in Russland selbst ein starkes Nationalbewusstsein verbreitet ist oder dass z. B. große Bevölkerungsgruppen von Russen sich nach 1990 plötzlich im Ausland, in anderen Ländern wiederbegegneten. Ein Problem, das nie in demokratischer Weise gelöst wurde. Und war das richtig, dass sich die USA oder Frau Merkel so massiv in die ukrainische Politik eingemischt haben? Oder hatte nicht Hans-Dietrich Genscher ausdrücklich gesagt, dass sich die NATO auf keinen Fall weiter nach Osten ausdehnen darf? Das war ein Versprechen, an das auch Michael Gorbatschow fest geglaubt hat. Und um auf die anfangs genannten extremen nationalistischen Fakten in der Ukraine von Herrn Gysi zurückzukommen. Ja diese haben Ursachen, die bis 1917 zurückreichen. Aber abgesehen davon, sind nationales Denken und nationale oder sächsische Interessen etwas Falsches, wie immer behauptet wurde?

Kluge Politik ist immer nur diejenige, die gute Kompromisse findet, die für alle Seiten tragbar sind. Kluge Politik muss nach Immanuel Kant immer auch praktisches Handeln sein, das einzig und allein dem höchsten moralischen Zweck, der Pflichterfüllung (ich verstehe darunter: dem eigenen Volk bzw. dem Gemeinwohl) dient.

Dr. Bernd Müller-Kaller
(Aus Platzgründen leicht gekürzt)

Missfallensbekundung

Abgehängt. Warum?

Beim G7-Treffen in Münster

Inzwischen sind die Kritiken verblasst, obwohl das Thema weiter Stadtgespräch in der Münsteraner Bevölkerung geblieben ist: Vor dem Beginn des G7-Treffens im Ratssaal des Westfälischen Friedens der Stadt Münster hatte der Ausrichter – dies ist das deutsche Außenministerium – das dort seit Jahrhunderten hängende Holzkreuz entfernen lassen. Die Antwort, dies sei aus organisatorischen Gründen geschehen, ist fadenscheinig und nicht glaubhaft. Inwiefern kann ein Holzkreuz den Ablauf einer politischen Veranstaltung beeinflussen oder dieser gar schaden?

Münster ist bis heute eine katholisch geprägte Stadt. Es ist modern, es ist bei Studierenden beliebt, die Kirche und der Glauben haben hier tiefe Wurzeln. Der Ratssaal legt Zeugnis von dem Wunsch der Menschen nach Frieden ab. Die Kirche, der christliche Glauben sind trotz der inzwischen bekannt gewordenen Vorwürfe und der Auswertung der Akten Zeugnisse und Triebkräfte des Friedens. Die Entfernung des Kreuzes spricht dieser Tatsache zutiefst Hohn. Es ist ein peinlicher, unnötiger und nicht akzeptabler Kniefall und zeigt zudem, wie bescheiden es mit dem Selbstbewusstsein von uns Deutschen bestellt. *B. Thonn*

Nachrufe

Dietrich Rothacker

Wie wir erst jetzt durch seine Tochter Frau Dr. med. Dorothée Valenta erfuhren, verstarb unser mecklenburgischer Vereinskamerad Dietrich kurz vor Vollendung seines 96. Lebensjahres im April 2022. Er ist friedlich eingeschlafen.

Sein ehrenamtlicher Einsatz war bemerkenswert und wird in der Vereinigung der Opfer des Stalinismus lange in Erinnerung bleiben. Dietrich, wir danken Dir, wir werden Dich vermissen und verneigen uns vor Deiner Lebensleistung. In unseren Herzen lebst du weiter und bleibst du bei uns.

Im Namen aller KameradInnen der Vereinigung der Opfer des Stalinismus / Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus. *Der Landesvorstand*
Dr. Fred Mrotzek,
May-Britt Krüger, André Rohloff

Herbert Fischer

„Sportstimme" im Deutschlandfunk

Nicht alle kannten ihn, aber die, die ihn kannten, wussten, dass nur wenige professionelle Sportexperten so sachlich, wahr und unbestechlich mit dem Sportgeschehen dieser Welt, vorrangig in Deutschland, umzugehen wussten: Herbert Fischer, 1946 in Löbau geboren, 1955 in den Westen gelangt, starb nach einer vor mehreren Jahren erlittenen Erkrankung nunmehr einen Monat vor seinem 76. Geburtstag.

Fischer, der zuweilen seinen Wohnort Solms als Zweitnamen hinzufügte, war ein sympathischer, klarer Mensch, ein exzellenter Rhetoriker und jemand, dessen Urteil sich nicht nur auf den Sport bezog, sondern der immer die gesamte politische Bandbreite jedweden Geschehens im Blick hatte.

Demzufolge galt sein Engagement nicht nur den Benachteiligten der DDR-Dopingszene, er setzte sich auch für die Haftopfer Osteuropas ein, er war aufgeschlossen und gerecht. Unter den Sportjournalisten dürfte es kaum einen geben, der – ohne sich persönliche Feinde zu machen – die Geschichte des deutschen Sports so intensiv und ausführlich aufgearbeitet hat wie er. *ARK*

Hugo Diederich: Den Opfern mehr moralische Anerkennung geben

Anhörung zum Thema Zwangsarbeit von DDR-Häftlingen als wichtiger Schritt zur Aufarbeitung

Das Thema Zwangsarbeit, geleistet von ehemaligen politischen Häftlingen der DDR, wird seit Jahrzehnten immer wieder angesprochen, fand jedoch seitens der Politik nicht die Beachtung, die die davon Betroffenen erwarten. Es werden westdeutsche bzw. westeuropäische Großfirmen genannt, die den Niedriglohnsektor und die Devisenknappheit der DDR ausnutzten, um in den Haftanstalten der DDR produzierte Waren einzukaufen und in ihr Warenangebot und ihre Versandkataloge aufzunehmen. Aktuellen Schätzungen zufolge handelt es sich um ein Liefervolumen von 600 Mio. DM, das große Unternehmen wie Kaufhof, Otto, Ikea, Quelle, Neckermann und andere bezogen haben sollen. Nicht mehr erwähnt wird jener menschenunwürdige Deal, demzufolge eine DRK-Niederlassung in Bayern Blut bezogen habe, das zuvor DDR-Häftlingen abgenommen worden sein soll (siehe frühere Fg).

Um das strittige Thema Zwangsarbeit einer Lösung zuzuführen bzw. überhaupt in eine lösungsorientierte Diskussion zu treten, lud die Bundesbeauftragte für die SED-Opfer Evelyn Zupke, gemeinsam mit der UOKG, am 24. November zu einem etwa zweistündigen Fachgespräch ein, bei der sowohl Betroffene wie auch Sachverständige anwesend waren und an der auch Abgeordnete des Deutschen Bundestags teilnahmen.

Allein die Einführung von Frau Zupke gab einen hinreichenden Aufschluss über Fakten, Abläufe und Zusammenhänge zum Thema Zwangsarbeit. Weitere Informationen lieferte Dieter Dombrowski, selbst in der DDR aus politischen Gründen inhaftiert und nunmehr Vorsitzender der UOKG. Äußerst klar ging aus beiden Beiträgen hervor, dass die Arbeit in der Haft erstens nicht freiwillig ausgeführt wurde und sie zweitens durchweg unter unzumutbaren Bedingungen geleistet werden musste. Dazu gehört, dass bei Arbeitsverweigerung zusätzlich zur eigentlichen Haft weitere Haftverschärfungen eingeleitet wurden. Dies äußerte sich in Arrest, Absonderung, Postentzug, Prügel- und ähnlichen Misshandlungsattacken durch andere Häftlinge. Umstritten bleibt die Bezeichnung *Zwangsarbeit*, als deren Maßstab der Zwangsarbeitsbegriff aus der in der NS-Diktatur vorkommenden Zwangsarbeit gilt. Dazu ist anzumerken: Ganz sicher herrschten in der NS-Zeit Bedingungen, wie sie die jüngere Geschichte der Menschheit in ihrer komplexen Grausamkeit kein weiteres Mal aufweist. Die Tatsache, Menschen als Rohstoff zu behandeln, sie rassistisch zu klassifizieren und als minderwertig einzustufen, um sie bis zur totalen Erschöpfung oder bis zum Tode zur Arbeit zu zwingen, erfordert gewiss eine Differenzierung im Umgang mit der staatlich befohlenen Zwangsarbeit in anderen Systemen.

Zwangs
arbeit

Nachweislich ist dennoch der DDR die gezielt organisierte Zwangsarbeit von Inhaftierten anzulasten, wiewohl diese vom Umfang und in den Produktionsbedingungen nicht mit jener der NS-Zeit gleichzusetzen ist. Rücksicht auf die Gesundheit, die Belastbarkeit wie auch die Psyche der Häftlinge wurde – wie man es vor 1989 schon wusste – jedoch in der DDR kaum genommen. Dafür war das System letztlich in Teilen transparent, war auch der Fundus an menschlichem Material zu begrenzt, als dass man es unerschöpflich nutzen und völlig zugrunde richten konnte. Festzuhalten bleibt immerhin, dass weder die Arbeit noch die Haft freiwilligen Charakter hatten und sie demzufolge unter Zwang stattfanden. Sollte dies nicht so sein, bedarf das einer klaren Gegenbeweisführung. Abschwächungen, Dementis, Vergleiche und Zweifel sind keine Argumente. Durch die Berichte der geladenen Zeitzeugen Birgit Krüger und Frank Hermann bekam die Anhörung im Bundestag zudem genügend Authentizität. Die Vernachlässigung bzw. das Fehlen des Gesundheitsschutzes, die hohe Unfallquote sowie die mangelnden Möglichkeiten zur Reproduktion der Arbeitskraft konnten in den Schilderungen hinreichend verdeutlicht werden. Es wurden Betriebe konkret genannt, die Betriebsteile in Haftanstalten hatten. Ihre Zahl ließe sich durchaus erweitern. In Sachen Aufklärung ist damit genug erreicht. Genannt wurde die Zahl von 250.000 ehemaligen politischen Häftlingen, die für das SED-Regime Zwangsarbeit zu leisten hatten. Es wird nachträglich nicht zu ermitteln sein, welcher Häftling für den West-Export gearbeitet hat und welcher „nur" für den DDR- Bedarf. Der Unterschied ist unerheblich, da die Folgen immer die gleichen waren bzw. sind.

Es geht nun zum einen um die moralische Anerkennung des einzelnen Betroffenen – dies merkte der zu den geladenen Experten zählende VOS-Bundesvorsitzende Hugo Diederich ausdrücklich an. Nicht minder wichtig wäre aber die Entschädigung der noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiter.

Dass eine Entschädigung seitens der Opfer lange angemahnt ist, ist bekannt. Die Freiheitsglocke hat mehrfach auf die massive Kritik an den für die Attestierung gesundheitlicher Haft- und Zwangsarbeitsschäden zuständigen Gutachtern hingewiesen. Diese Gutachter haben – völlig zu Recht – unter den Betroffenen einen schlechten Ruf. Inwieweit man im Falle von Entschädigungen dem einzelnen Ex-Häftling gerecht werden kann, ist ohnehin zweifelhaft. Das, was praktikabel und schneller umsetzbar ist, wäre die Aufstockung der Opferrente, so wie es auch die Bundesbeauftragte inzwischen zum Ausdruck brachte. Mag sein, dass Opferrente und Zwangsarbeit gesetzlich nicht verknüpfbar sind, so ist doch das moralische Gewicht – wie es Hugo Diederich ausführte – geradezu erdrückend. Eine höhere Opferrente käme demnach allen, die in der DDR-Haft Zwangsarbeit leisten mussten, zugute. Warum also nicht diesen direkten Weg nutzen? Die Politik sollte das nunmehr (an)erkennen. *B. Thonn*

VOS-Geburtstage in NRW

Immer Aktiv und politisch interessiert

Rotraud v. Dechend wurde 75

Bereits im November wurde unsere geschätzte Kameradin Rotraud von Dechend aus Düsseldorf 75 Jahre. Pünktlich überachte der NRW-Landesvorsitzende der VOS Felix Heinz Holtschke die Glückwünsche des Verbandes. Kameradin von Dechend arbeitet seit langem im erweiterten Bundesvorstand des Verbandes mit und bringt sich mit Vorschlägen und Kritiken ein, mi denen sie zu guten Diskussionen und Entscheidungen beiträgt.

Bundesvorstand und Redakteur senden ebenfalls Glückwünsche und hoffen auf weitere rege Beteiligung im Verbandsleben.

ARK/BV

Im Zeitzeugenprojekts unentbehrlich

Christoph Becke wurde 70

Mit 70 Jahren zählt Christoph Becke zu der „jungen Generation" im Verband. Gerade deshalb ist er einer, der – nicht nur im Bundesland Nordrhein-Westfalen – gebraucht wird und der sich den Erfordernissen bewusst ist. So ist er im Stiftungsrat aktiv, hat über mehrere Perioden dem Bundesvorstand angehört und ist nun eine wesentliche Stütze im Zeitzeugenprojekt NRW der VOS.

Auch an ihn gehen gute Wünsche und Dankesworte, vor allem aus den Reihen des Projekts, wo ohne ihn vieles nicht möglich wäre.

ARK / BV / Zeitzeugenprojekt

Eine gute Tat in diesen schweren Zeiten

Kränze zum Volkstrauertag für die Opfer der Diktatur

Wie in jedem Jahr legten auch diesmal Erika und Manfred Wiese anlässlich des Volkstrauertages in der Gedenkstätte Sachsenhausen/ Zone I, wo viele Unschuldige ums Leben kamen oder von den kommunistischen Rächern jahrelang gequält wurden, ebenso wie im Schmachtenhagener Forst, wo man die Todesopfer einfach verscharrte, Kränze und Gestecke zu Ehren der SBZ-Opfer nieder.

Diese Erinnerung ist mehr als nur eine Pflichtgeste, werden doch die Opfer aus den aus der NS-Zeit übernommenen KZs immer noch pauschal als Nazis diffamiert. Wie wohl inzwischen viele verstorben sind, halten wir als VOS weiter an der Wahrheit fest und lassen den hier Ruhenden die letzte Ehre zukommen. *(Foto: Erika Wiese)*

Die Kunst als Fenster zur Erkenntnis

VOS-Aktionskünstler Gino Kuhn stellt im Bundestag aus

Nun hat er es endlich in das höchste politische Haus in Deutschland geschafft: Gino Kuhn, über den wir nicht erst in dieser Fg-Ausgabe Interessantes zu berichten wissen, ist mit zwei Werken in den Räumlichkeiten des Bundestags vertreten, somit wird das Gremium der Abgeordneten – ob diese es wollen oder nicht – täglich mit der Vergangenheit und somit mit der Diktatur der Staatspartei SED konfrontiert. Es sind Gemälde, die durch ihre Motive Zeugnis von der Haft ablegen. Gino Kuhn selbst war zweieinhalb Jahre in der Vollzugsanstalt Cottbus inhaftiert. Seine Erfahrungen fließen in das künstlerische Schaffen ein. Er ist sowohl als Maler wie auch mit Aktionen und Installationen tätig. So stellte er eine Zelle mit zwölf Häftlingen auf der damals zugemessenen Fläche von wenigen Quadratmetern dar: Dreistöckige Metallpritschen, acht Hocker für eben diese zwölf Häftlinge, dazu das verlogene SED-Organ Neues Deutschland.

Kuhns Arbeiten sind allein deshalb wichtig, weil die einstigen menschenunwürdigen Haftanlagen abgebaut wurden. Man kann das in Grit Poppes „Rabenkinder" (S. 9 dieser Ausgabe) nachlesen, dass in den Tagen vor dem Mauerfall seitens des Wachpersonals alle baulichen Zeugnisse der Haftanstalten in fieberhafter Eile geschliffen wurden. Niemand sollte sehen, dass man in der DDR Gefangene teils schlimmer als Tiere hielt.

Hugo Diederich

Wir trauern um

Heinz Thiele	**Bezirksgruppe Harz**
Dr. Dietrich Rothacker	**Bezirksgruppe Rostock**
Ursula Krauße	**Bezirksgruppe Berlin**
Irene Thomas	**Bezirksgruppe Berlin**
Ewald Kurbiuhn	**Bezirksgruppe Zittau**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

N a c h r u f

Einer unserer Besten

Ewald Kurbiuhn verstorben

Im Alter von 88 Jahren verstarb am 15. November unser geschätzter Kamerad Ewald Kurbiuhn aus Zittau. Kamerad Kurbiuhn, der in Ostpreußen geboren wurde, gehörte zu unseren zuverlässigsten Mitgliedern und war lange Delegierter bei den Generalversammlungen. Er war zuverlässig, hilfsbereit und ein Aktivposten, auf den andere Mitglieder jederzeit bauen konnten. Die Impulse, die von ihm ausgingen, wurden ebenso wie seine freundliche Art allseits geschätzt. Ohne ihn ist die VOS ein Stück ärmer. Wir werden ihn vermissen und halten das Gedenken an ihn in Ehren.

Bundesvorstand, Redakteur

Lob für den Bürgermeister und die Stadtverwaltung

Vorbildliche Denkmalpflege in Düren (NRW)

Die VOS dankt dem Bürgermeister von Düren (NRW) sowie der Stadtverwaltung für die Winterbepflanzung und den Verschnitt der Bäume und Sträucher vor dem Gedenkstein zu Ehren der Opfer des Aufstandes vom Juni 1953 in der DDR (Foto), das sich vor dem Dürener Rurtal-Gymnasium befindet. An dieser Stelle finden anlässlich der uns wichtigen Gedenktage regelmäßig Veranstaltungen statt, in denen die VOS gemeinsam mit führenden Politikern der Stadt Düren des Unrechts des Kommunismus und deren Opfer gedenkt. Initiator ist Kamerad Peter Hippe, der innerhalb des Zeitzeugenprojekts NRW Kontakt zu den weiterführenden Schulen in der Stadt hält. Leider ist es bisher kaum gelungen, Schülerinnen und Schüler zu den Gedenkveranstaltungen einzuladen. Dabei sind das Interesse und das Engagement der Jugendlichen nachweislich groß. *Tom Haltern*

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)
Uhlandstraße 120, 10 170 Berlin

PVSt Deutsche Post, Entgelt bezahlt, G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS
Uhlandstraße 120, 10 717 Berlin-Wilmersdorf

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und **030 – 2655 23 81**
Fax: 030 - 2655 23 82
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Postbankkonto Köln
IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01
BIC: PBNK DEFF

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:
Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82
Mail: lv-berlin@vos-ev.de
Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr,
sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Chefredakteur: A. Richter-Kariger (www.first.minute-buecher.de),
eMail: redaktion@vos-ev.de,

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Auftragnehmer: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– **einheitlich für alle Mitglieder**	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden (steuerlich absetzbar) erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de
Fg-Nummer 843/844 erscheint Jan./ Febr. 2023
Redaktionsschluss der FG 841/842 am 18.Nov. 2022